

**2**

10. Februar 1997 · 17. Jahrgang,
S. 28–53 · ISSN 1430–550X

Gerling Informationen für wirtschaftsprüfende, rechts- und steuerberatende Berufe

INHALT

GI Aktuell

Seite 28

Steuerberaterhonorar

Fälligkeit · Verjährung · Rechnungslegung · Abschlagszahlung
(BGH, Urt.v. 21.11.1996 – IX ZR 159/95)

Seite 29

Steuerberaterhaftung, leichtfertige Steuerverkürzung

Blindes Vertrauen des Mandanten · Überwachungspflicht · Mitverschulden
Informationspflicht des Mandanten
(BGH, Urt.v. 14.11.1996 – IX ZR 215/95)

Seite 32

Versicherungsschutz

Wissentliche Pflichtverletzung, § 4 Nr. 5 AVB · Obliegenheitsverletzung oder Risikoausschluß
Deckung für den Sozius? – § 12 Nr. 2 AVB · Ungeprüfte Auszahlung von Anderkonto
(OLG Hamm, Urt.v. 22.9.1995 – 20 U 38/95)

Seite 36

Dritthaftung

Bilanz für interne Zwecke · Auskunftsvertrag · Bankkredit
(OLG Düsseldorf, Urt.v. 8.2.1995 – 15 U 215/93)

Seite 39

Steuerberaterhonorar

Verjährung, § 196 Abs. 1 Nr. 15 BGB · Einforderbarkeit · Hausverwaltung
Schadenersatzanspruch und Nachbesserung
(OLG Düsseldorf, Urt.v. 12.1.1995 – 13 U 90/93)

Seite 45

Haftung des Konkursverwalters

Verletzung steuerrechtlicher Pflichten · Umsatzsteuer aus Neugeschäften
(FG Münster, Urt.v. 29.11.1994 – 15 K 3383/89 U)

Seite 46

GI Leitsätze

Seite 50

GI Hinweise

Seite 51



GI-Spezial

**Steuerberaterhonorar 1980–1996
auf CD-ROM**

GI Aktuell

Bundesgerichtshof zur Haftung eines Notars gegenüber Kapitalanlegern

Der u.a. für das Notarhaftungsrecht zuständige IX. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs hatte über die Frage zu entscheiden, ob ein (Anwalts-)Notar für Schäden einzustehen hat, die Kapitalanlegern dadurch entstanden, daß sie im Vertrauen auf eine Erklärung des Notars über **hinterlegte Sicherheiten einer Kapitalanlagegesellschaft mit Sitz in Liechtenstein** Gelder überließen.

Die angeblichen Sicherheiten für die hingegebenen Beträge nebst der versprochenen Rendite von 10 % bestanden in barem Geld, das in Safes von zwei Banken in Antwerpen und Brüssel deponiert wurde. Dies geschah nach der Behauptung des Notars wie folgt: Dieser und der Vertreter H. einer in Delaware/USA ansässigen Gesellschaft, der die Gelder der Anleger von dem Liechtensteiner Unternehmen überlassen wurden, begaben sich zu den belgischen Banken und mieteten gemeinsam einen Safe. Der laut Mietvertrag einzige Schlüssel wurde dem Notar ausgehändigt. Danach ging man in den Saferaum. Dort wurde ein von H. mitgebrachter Geldbetrag von jeweils mehreren Millionen Deutsche Mark in den Safe eingelegt. Der Notar führte den Safeschlüssel in das Schloß ein und drehte ihn zunächst in eine Richtung. Sodann stellte H. als eine Art Gegen-sicherung einen dem Notar nicht bekannten Buchstabencode ein. Danach drehte der Notar den Schlüssel um 180 Grad in die andere Richtung und zog ihn ab. Als zusätzliche Sicherung führte ein weiterer Notar – T. – eine ihm von der Bank übergebene L-förmige Stahlplatte (Schlüsselkralle) in das Schloß des Safes ein und sicherte diese mit einer rechteckigen Stahlplatte und einem mitgebrachten Vorhängeschloß. H. schrieb den Buchstabencode auf einen Zettel. Dieser wurde zusammen mit den beiden Schlüsseln des Vorhängeschlosses und einer von einem belgischen Notar beglaubigten Vollmacht des H., die den verklagten Notar berechnigte, nach Ablauf der Anlegungsfrist den Safe allein zu öffnen und über dessen Inhalt zu verfügen, in ein Kuvert gesteckt. Dieses wurde von H. versiegelt und an T. übergeben mit dem Auftrag, es nach einem Jahr an den verklagten Notar zu übersenden. Dieser und H. erhielten von der Bank eine Zugangskarte zum Saferaum, aus deren farblicher Gestaltung sich

ergab, daß nur beiden gemeinsam der Zugang zum Saferaum zu gewähren war. Als auf die hinterlegten Gelder zugegriffen werden sollte, waren die Safes leer. Die Anlagegesellschaft in Liechtenstein fiel in Konkurs. Nach H. wird von Interpol gefahndet.

Der Bundesgerichtshof entschied, daß der verklagte Notar den Anlegern für den Verlust ihrer Gelder wegen schuldhafter Amtspflichtverletzung einzustehen hat, und bestätigte insoweit das Oberlandesgericht Stuttgart als Vorinstanz. Das Verwahrungsgeschäft entsprach nicht den Anforderungen, die das deutsche Notarrecht an die Verwahrung von Bargeld durch einen Notar stellt. Danach muß **ein Notar den Safe ausschließlich im eigenen Namen mieten und Alleinbesitz an seinem Inhalt erwerben**. Daran fehlte es hier. Gleichwohl hatte der Notar mit seiner gegenüber den Anlegern abgegebenen Erklärung zu den hinterlegten Sicherheiten den Eindruck erweckt, die Hinterlegung entspreche den gesetzlichen Anforderungen. Das hatte diese veranlaßt, ihre Gelder der Gesellschaft in Liechtenstein anzuvertrauen.

Das Oberlandesgericht hatte allerdings gemeint, der Notar könne erst auf Schadensersatz in Anspruch genommen werden, wenn feststehe, daß die Anleger keine anderweitigen Ersatzmöglichkeiten hätten; als solche kämen hier Ansprüche gegen die Berater in Betracht, die das Anlagegeschäft vermittelt hätten. Demgegenüber hat der Bundesgerichtshof es dem Notar verwehrt, sich auf die **Subsidiarität seiner Haftung** zu berufen. Zwar braucht der Notar nach der Bundesnotarordnung regelmäßig erst dann zu haften, wenn der durch ihn Geschädigte nicht von anderer Seite Ersatz erlangen kann. Dies gilt nach dem Gesetz nicht gegenüber dem „Auftraggeber“ bei solchen Geschäften, die – wie eine **Verwahrung von Geld – nicht zur notariellen Beurkundungstätigkeit** gehören, sondern die auch andere Personen wahrnehmen können und deren Übernahme der Notar deshalb ablehnen darf. Der Bundesgerichtshof hat sich erstmals grundsätzlich mit dem **Begriff des „Auftraggebers“** auseinandergesetzt. Er hat entschieden, daß darunter auch derjenige fällt, dem gegenüber der Notar gezielt Erklärungen abgibt, von denen er weiß, daß diese für den Empfänger die einzige verlässliche Grundlage für bedeutsame vermögensrechtliche Entscheidungen sind.

(Urteile vom 21.11.1996 – IX ZR 182/95 u. a.; Pressemitteilung d. BGH 68/1996)

Steuerberaterhonorar

- Fälligkeit
 - Verjährung
 - Rechnungslegung
 - Abschlagszahlung
- (BGH, Urt. v. 21.11.1996 - IX ZR 159/95)

Leitsätze:

1. Der Vergütungsanspruch des Steuerberaters verjährt in zwei Jahren (§ 196 Abs. 1 Nr. 15); die Verjährung beginnt mit dem Schluß des Jahres, in dem die Vergütung nach § 7 StBGebV fällig geworden ist (§§ 198, 201 BGB), unabhängig davon, ob der Steuerberater seinem Auftraggeber eine Rechnung erteilt hat.

2. Zur Verjährungsunterbrechung durch Abschlagszahlung.

Tatbestand:

Der Kläger verlangt vom Beklagten Vergütung wegen Steuerberaterleistungen für die Zeit von 1981 bis 1988.

Der Kläger war seit 1976 steuerlicher Berater der Eheleute M. und W.E. Frau E. starb 1991 und wurde von ihrem Ehemann beerbt; dieser starb 1992 und wurde vom Beklagten beerbt.

Der 1993 eingeklagte Anspruch auf Zahlung einer Vergütung von insgesamt 65.731,88 DM nebst Zinsen wurde in den Vorinstanzen zuerkannt. Mit seiner Revision verfolgt der Beklagte weiter seinen Antrag, die Klage abzuweisen, hilfsweise ihm die Beschränkung seiner Haftung auf den Nachlaß vorzubehalten.

Die Revision führt zur Aufhebung des Berufungsurteils und Abweisung der Klage.

Aus den Gründen:

Die vom Berufungsgericht zuerkannte Honorarforderung gegen den beklagten Erben beruht auf einem Steuerberatervertrag des Klägers mit seinen verstorbenen Mandanten. Der Vertrag umfaßte nach dem Vorbringen der Parteien und den berechneten Leistungen alle anfallenden Steuerangelegenheiten der Auftraggeber und

war deswegen – gemäß dem Regelfall – ein Dienstvertrag, der eine Geschäftsbesorgung zum Gegenstand hatte (§§ 611 ff, 675, 1967 BGB; vgl. BGHZ 115, 382, 386).

Entgegen der Ansicht der Vorinstanzen ist der Vergütungsanspruch jedoch – gemäß der Einrede des Beklagten – verjährt (§ 222 Abs. 1 BGB).

I.

Die Vorinstanzen haben zu Recht angenommen, daß der Anspruch eines Steuerberaters auf Vergütung nach der Gebührenverordnung für Steuerberater, Steuerbevollmächtigte und Steuerberatungsgesellschaften – StBGebV – vom 17.12.1981 (BGBl I 1442), geändert durch Verordnung vom 20.6.1988 (BGBl I 841), – ebenso wie die Honorarforderung eines Rechtsanwalts (vgl. BGH, Urt. v. 24.11.1994 – IX ZR 222/93, ZIP 1995, 118; v. 6.7.1995 – IX ZR 132/94, WM 1995, 1962) – gemäß § 196 Abs. 1 Nr. 15 BGB in zwei Jahren verjährt; **die Verjährung beginnt mit dem Schluß des Jahres, in dem der Anspruch entstanden ist** (§§ 198, 201 BGB; KG DStR 1979, 296; OLG Celle, BB 1984, 92; OLG Koblenz, BB 1989, 2001, 2002; Eggesiecker in: Bonner Handbuch der Steuerberatung – Fach D – 1990, § 196 BGB Rdnr. 200; Eckert/Böttcher, Steuerberatergebührenverordnung 2. Aufl., Vorbem. 1.3.13 zu § 1 – S. 131 f; Mittelsteiner/Scholz, Steuerberatergebührenverordnung 3. Aufl., S. 63; dieselben, Handbuch zur Steuerberatergebührenverordnung 1982, S. 13; Bittner/Rudek, Steuerberatergebührenverordnung 1983, in: Der Wirtschafts-Kommentator, § 7 Anm. 3).

Entgegen der Ansicht der Revisionserwiderung wurde die Verjährungsfrist nicht erst durch die Berechnung der Vergütungsansprüche Ende 1989 und 1990 in Lauf gesetzt. **Der Verjährungsbeginn setzt nicht voraus, daß der Steuerberater seinem Auftraggeber eine Rechnung erteilt hat** (Eggesiecker, a.a.O., § 198 BGB Rdnrn. 200, 220, 240, 400, 520; § 7 „Steugo“ Rdnr. 750; Eckert/Böttcher, a.a.O.; Mittelsteiner/Scholz, Steuerberatergebührenverordnung, a.a.O., S. 61-65; dieselben, Handbuch, a.a.O.; Bittner/Rudek, a.a.O., § 7 Anm. 1, 3). Daran ändert es nichts, daß in der Gebührenverordnung für Steuerberater eine entspre-

chende Klarstellung wie in § 18 Abs. 1 Satz 2 BRAGO fehlt.

Ein Anspruch entsteht im Sinne des § 198 BGB, sobald er fällig wird und notfalls eingeklagt werden kann (BGHZ 55, 340, 341). **Die Vergütung des Steuerberaters wird fällig, wenn der Auftrag erledigt oder die Angelegenheit beendet ist (§ 7 StBGebV).** Für den Verjährungsbeginn genügt die Möglichkeit, eine verjährungsunterbrechende Feststellungsklage zu erheben (§§ 209 Abs. 1 BGB, 256 ZPO); nicht erforderlich ist, daß der Anspruch bereits Gegenstand einer Leistungsklage sein kann (BGHZ 79, 176, 177 f; BGH, Urt. v. 19. 1. 1978 – VII ZR 304/75, WM 1978, 496). Danach ist es insoweit **unerheblich, daß der Steuerberater die Vergütung gemäß § 9 StBGebV nur aufgrund einer unterzeichneten und dem Auftraggeber mitgeteilten Berechnung „einfordern“, also Zahlung verlangen kann.** Bestreitet der Auftraggeber bereits vor Erteilung einer Rechnung den Anspruch oder verweigert er seine Leistung aus anderen Gründen, so kann der Steuerberater auf Feststellung seiner Vergütungsforderung klagen.

Die Revisionserwiderung kann sich für ihre Ansicht, der Verjährungsbeginn für eine Honorarforderung des Steuerberaters hänge von der Erteilung einer Rechnung ab, nicht darauf berufen, daß der Auftragnehmer aufgrund eines Werkvertrages, dem die VOB/B zugrundeliegt, die Schlußzahlung erst nach Vorlage der Schlußrechnung verlangen kann (§ 16 Nr. 3 Abs. 1 VOB/B), so daß die Verjährung der Werklohnforderung erst mit dem nach diesem Zeitpunkt liegenden Jahresschluß beginnt (BGHZ 83, 382, 383 f). Diese Rechtslage kann nicht auf den vorliegenden Sachverhalt übertragen werden.

Vertragspartner können die Fälligkeit eines vertraglichen Anspruchs schon bei Vertragsabschluß hinausschieben (BGH, Urt. v. 24.10.1991 – IX ZR 18/91, NJW-RR 1992, 254, 255 zu § 16 BRAGO). Dies geschieht, wenn sie besondere Fälligkeitsvoraussetzungen gemäß § 16 Nr. 3 VOB/B vereinbaren (BGHZ 79, 176, 179). Diese Regelung entspricht einer besonderen Interessenlage beider Vertragspartner (BGHZ 79, 176, 179; 83, 382, 384 f; 105, 290, 293 ff; BGH, Urt. v. 8.7.1981 – VIII ZR 222/80, NJW 1982, 930, 931 f). Mit seiner Schlußrechnung gibt der Unternehmer zu erkennen, was er aus seiner Sicht

für seine Werkleistung noch zu fordern hat. Entrichtet der Auftraggeber die verlangte Schlußzahlung, so schließt deren vorbehaltlose Annahme Nachforderungen grundsätzlich aus (§ 16 Nr. 3 Abs. 2–4 VOB/B). Der Auftragnehmer kann den Verjährungsbeginn nicht durch Verzögerung der Schlußrechnung nach Belieben hinausschieben, weil der Auftraggeber notfalls selbst die Schlußrechnung aufstellen darf (§ 14 Nr. 4 VOB/B).

Eine vergleichbare Interessenlage der Vertragspartner betrifft § 8 Abs. 1 HOAI; danach wird das Honorar eines Architekten und Ingenieurs fällig, wenn die Leistung vertragsgemäß erbracht und eine prüffähige Honorarschlußrechnung überreicht worden ist, so daß die Verjährung der Honorarforderung erst mit dem Schluß des Jahres nach ordnungsgemäßer Berechnung beginnt (BGH, Urt. v. 19.6.1986 – VII ZR 221/85, NJW-RR 1986, 1279; v. 14.3.1991 – VII ZR 10/90, BauR 1991, 489). Eine solche Interessenlage fehlt im vorliegenden Fall. Es ist auch weder behauptet noch festgestellt worden, die Parteien hätten die Fälligkeit einer Vergütungsforderung des Klägers an besondere Voraussetzungen geknüpft und damit hinausgeschoben.

II.

1. Die Vorinstanzen sind zutreffend davon ausgegangen, die Verjährung der eingeklagten Vergütungsansprüche für die Steuerberaterleistungen, die nach unbeanstandeter tatrichterlicher Feststellung von 1984 bis 1989 erbracht worden sind, habe jeweils am Ende des Jahres begonnen, in dem diese Leistungen vorgenommen worden seien.

Insoweit ist maßgeblich, wann – innerhalb des fortbestehenden (Dauer-) Auftrags – die Angelegenheiten beendet wurden, für welche die berechneten Vergütungen verlangt werden (§ 7 StBGebV). Die „**Angelegenheit**“ im **gebührenrechtlichen Sinne** ist nicht identisch mit dem „Auftrag“; dieser kann mehrere Angelegenheiten umfassen (vgl. §§ 6, 10, 12, 16 StBGebV; BGH, Urt. v. 24. 11. 1994 – IX ZR 222/93, a.a.O.). Die Angelegenheit, die sich auf mehrere – gebührenrechtlich unbeachtliche – Einzeltätigkeiten erstrecken kann, ist in der Regel die Grundlage der Gebührenbemessung (Egge-

siecker, a.a.O., § 7 „Steugo“ Rdnrn. 200 ff, 400 ff, 750 ff; Eckert/Böttcher, a.a.O., § 12 Rdnr. 2; Mittelsteiner/Scholz, StBGebV, a.a.O., S 36 f; dieselben, Handbuch, a.a.O., S. 12 f, 38). Unter einer solchen Angelegenheit ist der durch einen einheitlichen Lebenssachverhalt abgesteckte Rahmen zu verstehen, in dem der Berater für seinen Auftraggeber tätig werden soll; grundsätzlich hat der Tatrichter festzustellen, ob aufgrund der Umstände des Einzelfalles – insbesondere nach dem Auftragsinhalt – eine Angelegenheit oder mehrere Angelegenheiten vorliegen (BGH, Urt. v. 24. 11. 1994 – IX ZR 222/93, a.a.O.; v. 9. 2. 1995 – IX ZR 207/94, NJW 1995, 1431). **In der Regel ist die Tätigkeit des Steuerberaters, für welche die Steuerberatergebührenverordnung eine selbständige Gebühr ausweist, eine Angelegenheit in diesem Sinne** (Bittner/Rudek, a.a.O., § 10 Anm. 2 a). Dies gilt für die berechneten Tätigkeiten betreffend Buchführung (§§ 33, 34 StBGebV), Jahresabschlüsse (§ 35 StBGebV), Steuererklärungen (§ 24 StBGebV) sowie Ermittlungen gemäß §§ 25, 27 StBGebV.

2. Die Vorinstanzen haben jedoch rechtsfehlerhaft angenommen, die Verjährung der einzelnen Honorarforderungen sei vor der Klageerhebung 1993 (§ 209 Abs. 1 BGB) durch Anerkenntnisse gemäß § 208 BGB unterbrochen worden, wie die Revision zu Recht rügt.

Nach dieser Vorschrift tritt **Verjährungsunterbrechung** ein, wenn der Schuldner gegenüber dem Gläubiger den Anspruch durch Abschlags- oder Zinszahlung, Sicherheitsleistung oder in anderer Weise anerkennt. Ein nach **Ablauf der Verjährungsfrist** abgegebenes Anerkenntnis kann die Verjährung nicht mehr unterbrechen (BGH, Urt. v. 9. 10. 1986 – I ZR 158/84, BGHR BGB § 208 – Anerkenntnis 1; v. 27. 6. 1990 – IX ZR 115/89, BGHR BGB § 208 – Anerkenntnis 3). Für eine Verjährungsunterbrechung genügt jedes tatsächliche Verhalten gegenüber dem Gläubiger, aus dem sich das Bewußtsein des Schuldners von dem Bestehen des gegen ihn erhobenen Anspruchs – wenigstens dem Grunde nach – klar und unzweideutig ergibt und das deswegen das Vertrauen des Gläubigers begründet, daß sich der Schuldner nicht nach Ablauf der Verjährungsfrist alsbald auf Verjährung berufen wird (BGH, Urt. v. 20. 11. 1962

– VI ZR 6/62, VersR 1963, 187, 188; v. 23. 1. 1970 – I ZR 37/68, WM 1970, 548, 549; v. 5. 12. 1990 – I ZR 179/78, NJW 1981, 1955; v. 30. 9. 1993 – VII ZR 136/92, NJW-RR 1994, 373).

Die Tatrichter haben aufgrund der Aussage des Klägers bei seiner Vernehmung als Partei angenommen, der Erblasser habe bei der Erörterung des Jahresabschlusses 1989 – dieser ist nicht Gegenstand der eingeklagten Forderung – Mitte Mai 1992 einen Vergütungsanspruch gegenüber dem Kläger im Sinne des § 208 BGB anerkannt. Da die letzte berechnete Steuerberaterleistung 1989 erbracht wurde und deswegen die entsprechende Verjährungsfrist Ende 1991 ablief, kam diese Unterbrechungshandlung zu spät, falls nicht bereits zuvor die Verjährung unterbrochen worden war.

a) Der tatrichterlichen Feststellung, bei Erstellung der Bilanzen in den früheren Jahren sei ebenso wie 1992 verfahren worden, fehlt die tatsächliche Grundlage. Das Landgericht, dem das Berufungsgericht gefolgt ist, hat eingeräumt, daß dieser Zeitraum nicht Gegenstand der Beweisaufnahme gewesen sei und der Kläger dazu bei seiner Vernehmung keine Angaben gemacht habe; es lasse sich auch nicht feststellen, welche Erklärungen der Erblasser bei früheren Bilanzbesprechungen abgegeben und daß vor Ablauf des Jahres 1986 eine solche Besprechung stattgefunden habe. Entgegen der tatrichterlichen Ansicht reicht es für ein verjährungsunterbrechendes Anerkenntnis nicht aus, daß die Mandanten die Jahresabschlüsse, soweit diese sich auf Forderungen des Klägers und entsprechende Rückstellungen bezogen haben, unterzeichnet und dem Finanzamt eingereicht haben. Damit allein haben die Auftraggeber nicht Vergütungsansprüche gemäß § 208 BGB „dem Berechtigten gegenüber“ anerkannt. Mangels weiterer Anhaltspunkte ist davon auszugehen, daß die Mandanten nur ihren entsprechenden handels- und steuerrechtlichen Pflichten nachkommen wollten.

b) Die Tatrichter haben auch nicht rechtsfehlerfrei festgestellt, daß die einzelnen Verjährungsfristen durch die Zahlungen der Mandanten von 1982 bis Dezember 1990 unterbrochen worden sind.

Der Kläger hat eine Verjährungsunterbrechung nicht schlüssig dargelegt; dies geht zu seinen Lasten (vgl. Baumgärtel/Laumen, *Handbuch der Beweislast im Privatrecht* 2. Aufl., § 194 Rdnr. 2). Er hat zwar geltend gemacht, es seien **Abschlagszahlungen** gemäß § 208 BGB geleistet worden. Er hat aber selbst eingeräumt, Zahlungen von 1982 bis 1990 auf frühere Rechnungen aus den Jahren 1979 und 1986 verrechnet zu haben; dementsprechend hat er die eingeklagten Vergütungsansprüche für 1981 bis 1988 nicht um diese Zahlungen gemindert. Nach dem Vorbringen des Beklagten hatte der Kläger in den Jahren 1986 bis 1988 Rechnungen über Leistungen ab 1976 erteilt; der Kläger hat Rechnungen in den Jahren 1979 und von 1986 bis 1988 zugestanden. Hatte der Kläger danach mehrere Vergütungsforderungen aus dem Steuerberatervertrag, so ist § 366 BGB entsprechend anzuwenden (vgl. BGHZ 91, 375, 379). Daß die Mandanten bei ihren Zahlungen bestimmt haben, welche Schuld getilgt werden sollte (§ 366 Abs. 1 BGB), haben die Parteien nicht behauptet. Fehlte eine solche Bestimmung, trat die Tilgungsfolge gemäß § 366 Abs. 2 BGB ein, so daß unter mehreren fälligen Schulden die ältere Verbindlichkeit beglichen worden ist.

Danach ist davon auszugehen, daß die Zahlungen keine verjährungsunterbrechende Abschlagsleistungen auf die eingeklagten Vergütungsforderungen waren, sondern frühere Honoraransprüche erfüllt haben; dies hat auch das Landgericht – im Widerspruch zu seinen späteren Ausführungen – angenommen.

Der verstorbene Mandant hat – entgegen der Ansicht der Revisionsrweiterung – nicht schlüssig **auf die Verjährungseinrede verzichtet**, falls er im Mai 1992 gegenüber dem Kläger – gemäß dessen Aussage bei seiner Vernehmung als Partei – erklärt haben sollte, er schulde ihm noch „einen Haufen Geld“.

Ein Verhalten kann zwar selbst bei Fehlen eines Erklärungsbewußtseins als Willenserklärung gewertet werden, wenn der Erklärende bei Anwendung der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt hätte erkennen und vermeiden können, daß seine Äußerung nach Treu und Glauben sowie der Verkehrssitte als Willenserklärung aufgefaßt werden darf, und wenn der Empfänger sie auch

tatsächlich so verstanden hat (BGHZ 91, 324; 109, 171, 177). Ein **stillschweigender Verzicht** setzt jedoch einen rechtsgeschäftlichen Aufgabewillen voraus, der im allgemeinen nicht zu vermuten ist; deswegen ist ein solcher Verzicht regelmäßig ausgeschlossen, wenn es sich um Rechte handelt, die dem Erklärenden unbekannt sind und mit deren Bestehen er nicht rechnet (BGH, Urt. v. 16. 11. 1993 – XI ZR 70/93, NJW 1994, 379, 380). Dementsprechend setzt ein konkludenter Verzicht auf die Verjährungseinrede in der Regel voraus, daß der Schuldner bei Abgabe seiner Erklärung den Eintritt der Verjährung gekannt oder zumindest für möglich gehalten hat (vgl. BGHZ 83, 382, 389; Palandt/Heinrichs, BGB 55. Aufl., § 222 Rdnr. 5). Dies haben die Parteien nicht behauptet.

Steuerberaterhaftung, leichtfertige Steuerverkürzung

- Blindes Vertrauen des Mandanten
 - Überwachungspflicht
 - Mitverschulden
 - Informationspflicht des Mandanten
- (BGH, Urt. v. 14. 11. 1996 – IX ZR 215/95)

Leitsatz:

Ein Steuerberater, der es durch einen von ihm erteilten Rat oder durch die von ihm veranlaßte unzutreffende Darstellung steuerlich bedeutsamer Vorgänge verschuldet, daß gegen seinen Mandanten wegen leichtfertiger Steuerverkürzung ein Bußgeld verhängt wird, kann verpflichtet sein, jenem den darin bestehenden Vermögensschaden zu ersetzen.

Tatbestand:

Der Beklagte beriet den Kläger, der eine internistische Arztpraxis betreibt, bis Mitte 1990 in dessen steuerlichen Angelegenheiten. Am 14. 11. 1984 schlossen der Kläger und seine Ehefrau, die als medizinisch-technische Assistentin im Angestelltenverhältnis in der Praxis des Klägers arbeitete, einen vom Beklagten

entworfenen Vertrag, wonach die Ehefrau grundsätzlich im Fall des Ausscheidens aus den Diensten des Klägers ein lebenslanges Ruhegeld in Höhe von 80 % des zuletzt bezogenen Festgehalts bekommen sollte. Diese Versorgungszusage wurde bei der Gewinnermittlung für die Jahre ab 1984 in der Weise berücksichtigt, daß entsprechende Rückstellungen gebildet wurden. Aufgrund einer im Jahre 1989 durchgeführten Betriebsprüfung wurden für die Jahre 1984 bis 1987 geänderte Steuerbescheide erlassen, in denen die Berechtigung der Rückstellungen nicht anerkannt wurde, weil das Finanzamt die Pensionszusage als nicht ernstgemeint ansah. Der Kläger legte gegen die geänderten Steuerbescheide Einsprüche ein, über die noch nicht entschieden ist. Wegen verschiedener unzutreffender Angaben, die die ursprünglichen Steuererklärungen in anderen Punkten enthielten und die bei der Betriebsprüfung aufgedeckt wurden, wurde gegen den Kläger wegen leichtfertiger Steuerverkürzung ein Bußgeld von 6.000 DM verhängt.

Der Kläger hat den Beklagten wegen fehlerhafter Beratung auf Ersatz der infolge der Nichtanerkennung der Pensionsrückstellungen nachzuentrichtenden Steuer, der ihm nach seiner Behauptung in den Einspruchsverfahren entstandenen Anwaltskosten in Höhe von 6.122,03 DM sowie des gegen ihn verhängten Bußgelds in Anspruch genommen. Die Vorinstanzen haben die Klage abgewiesen. Der Senat hat die Revision des Klägers nur angenommen, soweit es um den Ersatz der Anwaltskosten und des Bußgelds geht. Insoweit verfolgt der Kläger den Klageanspruch mit der Revision weiter.

Die Revision führt zur Aufhebung und Zurückverweisung.

Aus den Gründen:

I.

1. Das Berufungsgericht hat einen Ersatzanspruch wegen der Anwaltskosten verneint und zur Begründung ausgeführt, dem Kläger sei durch die Versagung der steuerlichen Anerkennung der Pensionsrückstellungen kein Schaden entstanden. Außerdem fehle es an der erforderlichen Aufschlüsselung der berechne-

ten Anwaltshonorare; denn die Rechtsbehelfsverfahren, in denen Kosten entstanden seien, hätten sich über die Frage der Pensionsrückstellungen hinaus auf weitere bei der Betriebsprüfung und in den geänderten Steuerbescheiden aufgegriffene Punkte bezogen.

2. Diese Beurteilung beanstandet die Revision zutreffend als rechtlich nicht einwandfrei.

a) Das Berufungsgericht hat unterstellt, daß der Beklagte den Kläger in der Frage der Pensionszusage fehlerhaft beraten habe. Davon ist für das Revisionsverfahren auszugehen. Darüber hinaus ergibt sich aus dem unstreitigen Sachverhalt, daß der Beklagte bei der Anregung und Formulierung der Versorgungszusage seine Pflichten verletzt hat. Auf der Grundlage des Inhalts des Vertrages vom 14.11.1984 konnte, was zwischen den Parteien im wesentlichen unstreitig ist, die Pensionszusage schon deswegen nicht anerkannt werden, weil **die versprochene Betriebsrente von 80 % des letzten Gehalts weit überhöht und die Zahlung für den Fall der Betriebseinstellung nicht abgesichert war**. Deshalb mußte die Vereinbarung so, wie der Beklagte sie formuliert hatte, zur Beanstandung durch das Finanzamt führen. Darauf hätte der Beklagte den Kläger hinweisen müssen. Statt dessen hat er ihm offenbar die feste Überzeugung vermittelt, auch eine nicht ernstgemeinte Zusage sei steuerlich anerkennungsfähig; denn er hat sich noch im Rechtsstreit auf den Standpunkt gestellt, im Fall einer Rücknahme des Einspruchs müsse den Kläger ein mindestens überwiegendes Mitverschulden treffen. Ein solches Verhalten ist pflichtwidrig (*Senatsurt. v. 6. 2. 1992 – IX ZR 95/91, GI 1992, 115 = NJW 1992, 1159, 1160*). Der Senat hat die Revision hinsichtlich des vom Kläger geltend gemachten Steuerschadens selbst nur deshalb nicht angenommen, weil dem Kläger ein solcher Schaden in Wirklichkeit nicht entstanden ist.

Die Pflichtverletzung des Beklagten hat aber die Rechtsbehelfsverfahren ausgelöst, in denen, wovon auch das Berufungsgericht ausgeht, dem Kläger die Anwaltskosten entstanden sind.

b) Entgegen der Ansicht des Berufungsgerichts und der Revisionserwiderung fehlt es nicht an einem Vortrag dazu, worauf sich die dem Klä-

ger in Rechnung gestellten Anwaltskosten beziehen. Dieser hat unter Beweisantritt behauptet, es handele sich dabei um **Kosten „der Rechtsverfolgung im Rechtsbehelfsverfahren“**, soweit sie im Jahre 1991 angefallen seien. Dem hätte das Berufungsgericht nachgehen müssen. Soweit dieses eine Aufschlüsselung des offenbar für die Einspruchsverfahren einheitlich berechneten Anwaltshonorars vermißt, beanstandet die Revision zu Recht, daß es die Anforderungen an die Substantiierungspflicht des Klägers überspannt hat. Dieser hat die geänderten Steuerbescheide für die Jahre 1984 bis 1987 vorgelegt. Aus ihnen ergibt sich die Höhe der vom Kläger zu leistenden Gesamtnachzahlungen. Dies bietet eine ausreichende Grundlage für eine nach § 287 ZPO vorzunehmende **Schätzung des Honoraranteils, der auf die vom Kläger der Höhe nach bezifferte Steuernachforderung wegen der nicht anerkannten Pensionsrückstellungen entfällt**.

II.

1. Das Berufungsgericht hat auch eine Verpflichtung des Beklagten, die dem Kläger auferlegte **Geldbuße** zu ersetzen, verneint. Dazu hat es ausgeführt: Eine Ersatzpflicht für eine öffentlich-rechtliche Strafe oder Buße komme nur in Ausnahmefällen in Betracht, weil es Sinn und Zweck einer solchen Maßregel sei, daß der davon Betroffene sie aus seinem eigenen Vermögen zu erfüllen habe. Eine bloße Schlechterfüllung von Steuerberaterleistungen könne schon deswegen nicht zu einer Haftung des Steuerberaters für eine dem Mandanten auferlegte Geldbuße führen, weil diese sich nur nach dessen eigener Schuld bemesse und er insoweit für ein schuldhaftes Verhalten des Steuerberaters nicht einzustehen habe. Aus diesem Grund fehle es an dem erforderlichen Rechtswidrigkeitszusammenhang zwischen einem pflichtwidrigen Verhalten des Steuerberaters und dem in der Belastung des Mandanten mit einer Geldbuße liegenden Vermögensschaden.

2. Auch in diesem Punkt kann dem Berufungsgericht aus Rechtsgründen nicht gefolgt werden.

a) Der Kläger hat in tatsächlicher Hinsicht vorgebracht, der Beklagte, dem die gesamte Buch-

führung übertragen gewesen sei, habe nach Sortierung der Unterlagen durch seine, des Klägers, Ehefrau allein und ohne Rücksprache mit ihm über die Art der Verbuchung der sich aus jenen Unterlagen ergebenden Vorgänge entschieden. Soweit dabei private Ausgaben als geschäftliche behandelt worden seien, habe er, der Kläger, sich auf die Fachkunde des Beklagten verlassen und auf die Richtigkeit von dessen Entscheidungen vertraut. **Die Fehler, die der Beklagte im Rahmen dieser eigenverantwortlichen Tätigkeit begangen habe, hätten zu den finanzamtlichen Beanstandungen und dann letztlich zu der gegen ihn, den Kläger, verhängten Geldbuße geführt.**

b) Auf der Grundlage dieses tatsächlichen Vorbringens, das vom Berufungsgericht nicht geprüft worden und deshalb der revisionsrechtlichen Prüfung zugrunde zu legen ist, läßt sich ein Anspruch des Klägers auf Erstattung der gegen ihn festgesetzten Geldbuße nicht verneinen.

Wer eine Straftat oder Ordnungswidrigkeit begangen hat, muß zwar die deswegen gegen ihn verhängte Sanktion nach deren Sinn und Zweck in eigener Person tragen und damit auch eine ihm auferlegte Geldstrafe oder -buße aus seinem eigenen Vermögen aufbringen. Das schließt indessen für sich allein einen Anspruch gegen einen anderen auf Ersatz für einen solchen Vermögensnachteil nicht aus. Die Erstattung einer vom Täter schon gezahlten Geldstrafe ist nicht verboten; sie ist nicht als Begünstigung (§ 257 StGB) strafbar (RGZ 169, 267 f). Selbst derjenige, der dem Täter im voraus die zur Zahlung der Strafe erforderlichen Geldmittel zur Verfügung stellt, macht sich, wie der Bundesgerichtshof entschieden hat, nicht wegen Strafvereitelung (§ 258 StGB) strafbar (BGHSt 37, 226 ff). Es kann deshalb, wie auch das Berufungsgericht im Ansatz nicht verkannt hat, für die Frage eines Ersatzanspruchs allein darauf ankommen, ob ein solcher sich aus den allgemeinen Regeln des bürgerlichen Rechts ergibt (so schon BGHZ 23, 222, 226). Der Umstand, daß eine Straftat oder Ordnungswidrigkeit von mehreren Tätern begangen wird, bietet freilich noch keine Grundlage für einen Ersatzanspruch eines der Täter gegen einen anderen; die §§ 830, 840, 426 BGB sind, soweit

es um die den einzelnen Tätern auferlegten Sanktionen geht, nicht anwendbar. **Das schließt aber eine Einstandspflicht desjenigen, der vertraglich verpflichtet war, den Täter vor der Begehung einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit und deren Folgen zu schützen, nicht aus** (BGHZ 23, 222, 225).

Eine solche vertragliche Verpflichtung läßt sich für den Steuerberater im Verhältnis zu seinem Mandanten grundsätzlich nicht verneinen, soweit es um die richtige Darstellung der steuerlich bedeutsamen Vorgänge gegenüber dem Finanzamt geht. **Der Steuerberater hat zwar in erster Linie die Aufgabe, die steuerlichen Interessen seines Mandanten wahrzunehmen und damit die Steuerlast für ihn möglichst gering zu halten. Er muß sich dabei aber im Rahmen der Rechtsordnung halten.** Verstößt eine bestimmte Handhabung gegen steuerliche Rechtsvorschriften, so muß der Steuerberater den Mandanten darauf hinweisen; **verlangt dieser trotzdem eine gesetzwidrige Behandlung** eines steuerlich relevanten Sachverhalts – etwa die Verbuchung von privaten Aufwendungen als Betriebsausgaben –, **dann darf der Steuerberater dem nicht nachkommen, sondern er muß notfalls das Mandat beenden** (Gräfe/Lenzen/Rainer, *Steuerberaterhaftung* 2. Aufl., Rdnr. 277).

Erst recht darf der Steuerberater nicht von sich aus einen Vorgang den Steuerbehörden gegenüber in einer Weise deklarieren, die zu einer Verkürzung des staatlichen Steueranspruchs führt. **Diese Pflicht zu gesetzmäßigem Verhalten** besteht zwar zunächst als öffentlich-rechtliche gegenüber dem Staat. Der Steuerberater, der leichtfertig durch unrichtige Angaben zu einer Steuerverkürzung beiträgt, handelt selbst ordnungswidrig (§ 378 Abs. 1 AO). Ob er darüber hinaus auch seinem Mandanten gegenüber – vertraglich – verpflichtet ist, diesen davor zu bewahren, daß er seine eigenen öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen dem Finanzamt gegenüber vernachlässigt, ist dagegen ungeklärt. Die Frage wird in der Rechtsprechung der Instanzgerichte und in der Literatur im allgemeinen verneint, weil **jeder – Steuerpflichtiger wie Steuerberater – nur entsprechend seinem eigenen schuldhaften Fehlverhalten in bezug auf seine öffentlich-rechtlichen Pflich-**

ten und damit ohne Zurechnung der Handlungsweise des jeweils anderen „bestraft“ werde (LG München, DStR 1978, 51 m. Anm. Messmer; OLG Koblenz, DStR 1981, 237, 238 f m. Anm. Späth; Klein/Orlopp, AO 5. Aufl., § 378 Anm. 6).

Dem kann in dieser Allgemeinheit nicht zugestimmt werden. Das Steuerrecht ist vielfach kompliziert und jedenfalls für den Laien undurchsichtig. Für den Steuerpflichtigen, der naturgemäß daran interessiert ist, seine Steuerlast so gering wie möglich zu halten, ist oft nur **schwer erkennbar, was noch gesetzmäßig ist und was den Rahmen der steuerrechtlichen Legalität sprengt** (vgl. auch *Senatsurt. v. 6.2.1992, a.a.O., zur „gesetzmäßigen Umgehung“ eines Verbots*). Wenn der Steuerpflichtige sich in dieser Lage eines steuerlichen Fachberaters bedient, so besteht dessen Aufgabe nicht nur darin, die seinem Mandanten zustehenden **Steuervorteile auszuschöpfen**, sondern er hat ihn auch **davor zu bewahren, sich durch Überschreitung des zulässigen Rahmens der steuerstrafrechtlichen Verfolgung auszusetzen. Diese Pflicht endet zwar dort, wo der Mandant selbst sich über die Rechtswidrigkeit eines bestimmten Vorgehens im klaren ist**; denn dann bedarf er keiner Aufklärung. Begeht er deshalb – allein oder gemeinsam mit dem Steuerberater oder von diesem angestiftet – eine (vorsätzliche) Steuerhinterziehung, so kann er die sein Vermögen treffenden steuerstrafrechtlichen Folgen nicht auf seinen Berater abwälzen (*zutreffend OLG Düsseldorf, GI 1987, 125 = StB 1988, 97, 98*).

Bei leichtfertigem Verhalten (§ 378 Abs. 1 AO) ist die Lage jedoch eine andere. Der Steuerpflichtige darf sich, soweit es um die Erfüllung seiner öffentlich-rechtlichen Pflichten geht, **nicht blindlings auf seinen Steuerberater verlassen, sondern muß sich, soweit es ihm möglich ist, ein eigenes Bild über die steuerrechtliche Behandlung machen und seinen Berater entsprechend seinen eigenen Kenntnissen sowie je nachdem, ob dazu für ihn ein konkreter Anlaß besteht, bei der Erledigung der ihm übertragenen Aufgabe überwachen** (Samson in: *Franzen/Gast-de Haan/Samson/Joecks, Steuerstrafrecht* 3. Aufl., § 378 AO Rdnr. 34; *Schöll/Noworzyn, AO, § 378 Rdnr. 4*). Wird

er diesen Anforderungen nicht gerecht, weil er sich – grob sorgfaltswidrig – auf den fachkundigeren Berater verlassen hat, dann haftet er zwar nach öffentlichem Recht; jener hat ihm aber wegen Verletzung seiner Vertragspflichten den daraus entstehenden Vermögensschaden zu ersetzen. Dieser liegt aus den vorgenannten Gründen entgegen der Ansicht der Revisionserwiderung nicht außerhalb des Schutzzwecks der Vertragspflichten eines Steuerberaters. Der Ursachenzusammenhang zwischen der Pflichtverletzung und dem letztlich eingetretenen Schaden entfällt auch dann nicht, wenn sich später herausstellt, daß der Tatbestand einer leichtfertigen Steuerverkürzung nicht erfüllt war.

Die Ansicht, daß eine Ersatzpflicht nur bei Schuldlosigkeit des Täters bestünde (so RAG DR 1943, 557, 558 in einem Fall, in dem ein fachkundiger Berater es verschuldet hatte, daß gegen die Inhaberin eines Betriebes wegen Verstoßes gegen Preisbildungsvorschriften eine Ordnungsstrafe verhängt worden war), **kann nicht geteilt werden** (zweifelnd schon Herschel in seiner Anmerkung zu jener Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts, DR 1943, 559). Ebenso wenig gibt es einen Rechtsgrundsatz, wonach die Verletzung einer nach außen bestehenden Pflicht, den mit einer bestimmten Aufgabe betrauten Vertragspartner in gewissem Umfang zu überwachen, für diesen keine Schadenersatzverpflichtung gegenüber dem Überwachungspflichtigen hinsichtlich der diesem darauf entstehenden vermögensmäßigen Belastungen auslösen könnte (so aber OLG Koblenz, a.a.O., S. 239). **Wer als Fachmann vertraglich verpflichtet ist, seinen Vertragspartner vor bestimmten Gefahren zu bewahren, haftet diesem bei Verletzung seiner Pflichten auch dann, wenn jener im Einzelfall die Gefahr auch selbst hätte erkennen und abwenden können.**

3. Sollte der Beklagte danach haften, so wird sich die Frage eines **Mitverschuldens** des Klägers nach § 254 Abs. 1 BGB erst beurteilen lassen, wenn festgestellt ist, **was er über die Art der Verbuchungen und damit der Angaben gegenüber dem Finanzamt, die Gegenstand des Bußgeldbescheids waren, gewußt und wie er dabei mitgewirkt hat.** Regelmäßig trifft jedoch denjenigen, der sich auf den Rat eines

Fachmanns verlassen hat, auch dann kein Mitverschulden, wenn er die Unrichtigkeit oder Unzulässigkeit des von diesem vorgeschlagenen oder in die Wege geleiteten Vorgehens bei genügender Sorgfalt hätte erkennen können (Senatsurt. v. 17. 11. 1994 – IX ZR 208/93, GI 1996, 95 = WM 1995, 212, 213 f). **Anders ist es freilich, wenn er die ihn treffende Pflicht verletzt, den Berater wahrheitsgemäß und vollständig über den maßgeblichen Sachverhalt zu* unterrichten** (Senatsurt. v. 20. 6. 1996 – IX ZR 106/95, WM 1996, 1832, 1835 f).

Versicherungsschutz

- Wissentliche Pflichtverletzung, § 4 Nr. 5 AVB
- Obliegenheitsverletzung oder Risikoausschluß
- Deckung für den Sozium?
- § 12 Nr. 2 AVB
- Ungeprüfte Auszahlung von Anderkonto (OLG Hamm, Urt. v. 22. 9. 1995 – 20 U 38/95, AnwBl 1996, 237)

Leitsätze:

1. § 12 Nr. 2 Abs. 2 ist nur auf die Fälle der Deckungserweiterung des § 12 Nr. 2 Abs. 1 AVB anwendbar.

2. Wissentliche Pflichtverletzung durch ungeprüfte Auszahlung von Notaranderkonto (bejaht).

Aus den Gründen:

Die Berufung des Klägers hat keinen Erfolg. Die Klage ist, wie das LG zutreffend entschieden hat, unbegründet.

1. Allerdings kann die Beklagte, wie sie noch in der Berufungsinstanz für sich in Anspruch nimmt, Leistungsfähigkeit nicht aus § 12 Nr. 2 Abs. 2 i.V.m. § 4 Nr. 5 AVB Vermögen herleiten. Danach geht ein Ausschlußgrund nach § 4 AVB, der in der Person eines Soziums vorliegt, zu Lasten aller Sozium. Zwar mögen auch Notare trotz der einschränkenden Bestimmungen der Bundesnotarordnung Sozium im Sinne der vertraglichen

Regelung sein können. Den Parteien eines Versicherungsvertrages steht es frei, den Begriff des Sozius den eigenen Bedürfnissen entsprechend zu definieren. Dementsprechend heißt es in § 12 Abs. 1 AVB, daß Notare, die ihren Beruf nach außen hin gemeinschaftlich ausüben, als Soziern „gelten“. Diese Voraussetzungen waren beim Kläger und seinem Seniorpartner S. erfüllt.

Im Streitfall traten S. und der Kläger aber nicht einem Dritten als Soziern gegenüber; S. war vielmehr der Mandant des Klägers und schied deshalb als Notar von vornherein aus. Es spricht deshalb vieles für die Auffassung des LG, daß in einem solchen Fall § 12 Nr. 2 Abs. 2 AVB nicht anwendbar ist. Letztlich kann dies aber dahinstehen.

Selbst wenn man in diesem Punkt dem LG nicht folgen wollte, wäre die Beklagte aus diesem Gesichtspunkt nicht leistungsfrei. Es steht zwar außer Frage, daß der Leistungsausschluß in der Person S. verwirklicht ist, der den Kläger als Werkzeug für seine Machenschaften benutzt hat. **§ 12 Nr. 2 Abs. 2 AVB, der einen vorliegenden Ausschlußgrund in der Person eines Sozius auf alle Soziern erstreckt, schließt aber an § 12 Nr. 2 Abs. 1 AVB an. Danach gilt der Versicherungsfall auch nur eines Sozius als Versicherungsfall aller Soziern.** Ohne die Bestimmung des § 12 Nr. 2 Abs. 2 AVB wäre der Versicherer immer leistungspflichtig, weil der redliche Sozius aus dem auch für ihn vorliegenden Versicherungsfall Versicherungsschutz auch zugunsten des unredlichen Sozius beanspruchen könnte. Die Bestimmung will deshalb (nur) verhindern, daß trotz Vorliegens eines Ausschlußgrundes in der Person eines Sozius der andere Sozius gleichwohl Versicherungsschutz beanspruchen kann. Ein durchschnittlicher Versicherungsnehmer der beteiligten Kreise, hier also ein Notar ohne versicherungsrechtliche Spezialkenntnisse, kann diese Regelung nur in dem vorerwähnten Sinne und nicht etwa dahin verstehen, daß der auf eigenem Fehlverhalten gründende Versicherungsanspruch, der auch ohne die Bestimmung des § 12 Nr. 2 Abs. 1 AVB besteht, nur deshalb ausgeschlossen sein soll, weil ein Sozius sich in einem den Ausschlußgrund begründenden Umfang fehlverhalten hat.

2. Nach **§ 4 Nr. 5 AVB** Vermögen bezieht sich der **Versicherungsschutz nicht auf Haft-**

pflichtansprüche wegen Schadenstiftung durch wissentliches Abweichen von Gesetz, Vorschrift, Anweisung oder Bedingung des Machtgebers oder durch sonstige wissentliche Pflichtverletzung. Die Berufung wäre offensichtlich begründet, wenn es sich bei dieser Regelung um eine Obliegenheit handeln würde, wie beide Parteien allerdings übereinstimmend meinen. Enggegen deren Auffassung würde es sich dann nicht um eine Obliegenheit nach Eintritt des Versicherungsfalles, sondern um eine solche vor Eintritt des Versicherungsfalles handeln. Die Berufung müßte Erfolg haben, weil die für Leistungsfreiheit erforderliche Kündigung des Vertrages, § 6 Abs. 1 S. 3 WG, von der Beklagten nicht einmal behauptet worden ist.

Nach Auffassung des Senats handelt es sich allerdings – in Übereinstimmung mit der Überschrift des § 4 AVB – um einen **Leistungsausschluß**. Nach der Rechtsprechung des BGH (*BGH, r+s 1995, 151*) kommt es für die Abgrenzung von Risikoauschluß und Obliegenheit darauf an, ob die Klausel eine individualisierende Beschreibung eines bestimmten Wagnisses enthält, für das allein der Versicherer Versicherungsschutz gewähren will oder ob sie in erster Linie ein Bestimmtes Verhalten des Versicherungsnehmers fordert, von dem es abhängt, ob er einen zugesagten Versicherungsschutz behält oder ob er ihn behält. Wird von vornherein nur ausschnittsweise Deckung gewährt und nicht ein gegebener Versicherungsschutz wegen nachlässigen Verhaltens wieder entzogen, handelt es sich um eine Risikobegrenzung.

Die in Rede stehende Klausel stellt ausschließlich auf ein Verhalten des Versicherungsnehmers ab, das dazu führt, daß ein nach § 1 AVB Vermögen zugesagter Versicherungsschutz wieder entfällt. Die Abgrenzungskriterien des BGH könnten deshalb für das Vorliegen einer Obliegenheit sprechen. Andererseits steht für § 61 VVG und auch für § 152 VVG für die Haftpflichtversicherung außer Streit, daß es sich insoweit um einen **subjektiven Risikoauschluß** handelt (*BGH, VersR 1971, 239*). **Die Vertragsklausel ändert § 152 VVG in zulässiger Weise (OLG Hamm, VersR 1988, 1122) aber nur in zweifacher Hinsicht ab, nämlich einmal dahin, daß ein bewußter Verstoß gegen**

Gesetze erforderlich ist, und andererseits dahin, daß das Verschulden nicht die Schadenfolgen umfassen muß. Trotz der eine andere Entscheidung naheliegenden Abgrenzungskriterien des BGH liegt deshalb systematisch keine verhüllte Obliegenheit, sondern ein Risikoausschluß vor (*so ausdrücklich für eine nahezu identische Klausel schon BGH, VersR 1987, 174 [175]*).

3. Nach dem Ergebnis der mündlichen Verhandlung liegen die Voraussetzungen der Ausschlußklausel des § 4 Nr. 5 AVB Vermögen in der Person des Klägers vor. Dabei steht nicht im Streit, daß das Fehlverhalten des Klägers den Schaden herbeigeführt hat. Streitig ist zwischen den Parteien allein, ob dem Kläger ein wissentliches Abweichen von den für ihn maßgeblichen Vorschriften vorzuwerfen ist. Schädigungsvorsatz ist insoweit nicht erforderlich. Anzulasten sein muß dem Kläger aber die Verletzung einer für ihn verbindlich begründeten Pflicht. Ein derartiger Pflichtenverstoß läßt sich nicht schon dadurch geltend machen, daß aufgezeigt wird, wie sich der Versicherte hätte verhalten müssen. Für einen bewußten Pflichtenverstoß muß darüber hinaus dargelegt werden, der Versicherte habe gewußt, wie er sich hätte verhalten müssen. Wußte der Versicherte gar nicht, was er hätte tun oder unterlassen müssen, um dem Vorwurf pflichtwidrigen Verhaltens zu entgehen, so kommt ein bewußter Pflichtenverstoß nicht in Betracht. Nur wer bewußt verbindliche Handlungs- oder Unterlassungsanweisungen nicht beachtet hat, muß sich den Risikoausschluß entgegenhalten lassen (*BGH, VersR 1987, 174 [175]*).

Die Behauptung des Klägers, er habe die Treuhandaufträge der finanzierenden Bank vom 9.8. und 12.9.1990 nicht gekannt, ist nicht widerlegt. Zwar steht für den Senat außer Frage, daß der Kläger wußte, daß treuhänderisch verwaltetes Geld nur nach Erfüllung von vom Gläubiger bestimmten Auflagen ausgezahlt werden darf. Anderenfalls bedürfte es der Zahlung auf Anderkonto nicht. Der Kläger hat in der mündlichen Verhandlung auch nur geltend gemacht, er habe geglaubt, die Überprüfung durch eine zuverlässige Angestellte genüge. Unwiderlegt ist aber, daß die konkreten Auflagen dem Kläger nicht bekannt gewesen sein mögen. Der

Streitfall ist durch die Besonderheit geprägt, daß B. Gelegenheit gehabt hat, die Korrespondenz an dem Kläger vorbeizuleiten und hiervon offenbar auch Gebrauch gemacht hat. Zu Unrecht meint die Beklagte auch, die Treuhandaufträge ergäben sich aus den Verträgen. Dort wird nur formularmäßig auf „etwa gegebene“ Treuhandaufträge Bezug genommen.

Höchst ungewöhnlich ist, daß die Zahlungen nicht an den Verkäufer, sondern an den Käufer verfügt worden sind und daß die erste Auszahlung vor Abschluß des Vertrages erfolgt ist. Auch dies begründet indiziell aber noch nicht ausreichend wissentliches Fehlverhalten. Gelder können vor Abschluß eines Vertrages kaum einmal auf Anderkonto sein. So war auch hier der Abschluß eines Vertrages vorausgegangen, der nach Darstellung der Parteien lediglich nicht weiter verfolgt worden ist. Unwiderlegt ist ferner die Behauptung des Klägers, er habe beim Unterzeichnen der **Überweisungsaufträge** auch nicht bemerkt – er habe **„blind“ unterschrieben** –, daß die Zahlungen an seinen Sozios als Käufer erfolgt sind. Hat der Kläger „blind“ unterschrieben, muß ihm diese Besonderheit nicht aufgefallen sein. Unwiderlegt ist ferner die Darstellung des Klägers, er habe sich auf die langjährige und zuverlässige Notariatsangestellte verlassen. Es ist deshalb nicht erweislich, daß der Kläger Kenntnis oder zumindest Argwohn hatte, daß sein eigener Sozios ein Betrüger und die Notariatsangestellte dessen gut- oder bösgläubiges Werkzeug waren.

Gleichwohl liegt nach Auffassung des Senats eine – zur Leistungsfreiheit führende – wissentliche Pflichtverletzung vor. **Der Kläger wußte, daß er Auszahlungen aus dem Anderkonto verfügte.** Ihm war bekannt, daß Auszahlungen aus dem Anderkonto von der Erfüllung vom Gläubiger gesetzter Bedingungen abhängig zu sein pflegen. **Er wußte, daß er die Voraussetzungen für die Auszahlung** (Erfüllung von Auflagen oder Fehlen von Auflagen) **nicht geprüft hatte.** Er hat auch nicht etwa die Notariatsangestellte mit der Überprüfung der Voraussetzungen beauftragt oder sich bei dieser vergewissert, daß diese die Voraussetzungen geprüft hatte. Schon dies begründet einen wissentlichen Pflichtenverstoß. Auch der Kläger wußte, daß treuhänderisch verwaltete Gelder nicht aus-

gezahlt werden dürfen, ohne daß die dafür gegebenen Voraussetzungen im einzelnen überprüft waren. Dies hatte der Kläger aber weder selber vorgenommen noch in Auftrag gegeben.

Weitergehend ist der Senat davon überzeugt, daß dem Kläger auch seine Verpflichtung zur höchstpersönlichen Überprüfung der Auszahlungsvoraussetzungen bekannt war. Der Kläger ist ein nicht unerfahrener Notar. Er ist 1986 als Notar bestellt worden und hat im Jahr nach eigenen Angaben 300–400 Nummern gemacht. Die höchstpersönliche Verpflichtung zur Überprüfung der Auszahlungsvoraussetzungen gehört zum Stoff der Notarusbildung. Daß die Verfügung über dem Notar zu treuen Händen übergebene Gelder mit besonderer Sorgfalt erfolgen muß, versteht sich von selbst. Daß dies dem Treunnehmer selbst obliegt, liegt allein deshalb nahe. Es mag sein, daß Notare diese Verpflichtung nicht immer ernst nehmen, weil sie im allgemeinen ihren Angestellten vertrauen können und vertrauen. Dies ändert nichts daran, daß es unglaublich ist und der Senat als widerlegt ansieht, daß der Kläger seine Verpflichtungen nicht gekannt haben will. Auch insoweit liegt ein wissentlicher Pflichtenverstoß vor.

Nach allem ist die Beklagte leistungsfrei. Die Berufung mußte deshalb zurückgewiesen werden.

Dritthaftung

- Bilanz für interne Zwecke
- Auskunftsvertrag
- Bankkredit

(OLG Düsseldorf, Urt. v. 8. 2. 1995 – 15 U 215/93)

Leitsätze (d. Red.):

1. Ein stillschweigender Auskunftsvertrag kommt nicht allein deshalb zustande, weil der Auskunftgeber – Wirtschaftsprüfer, Steuerberater – sachkundig und die Auskunft für den Empfänger – Bank – von Bedeutung ist (hier: Kalkulationsbilanz für interne Zwecke des Mandanten).

Vielmehr müssen weitere Umstände hinzutreten: z. B. die Einbeziehung in Verhandlungen, das wirtschaftliche oder persönliche Engagement/pp.

2. Ein Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter setzt voraus, daß der Dritte ausdrücklich oder schlüssig in den Schutzbereich des Mandatsvertrages einbezogen wurde. Die Gegenläufigkeit der Interessen spricht nicht gegen die Einbeziehung in den Vertrag. Erstellt der Wirtschaftsprüfer/Steuerberater eine Bilanz für interne Zwecke des Mandanten, muß er nicht damit rechnen, daß sie Grundlage für die Kreditgewährung eines Dritten wird.

3. Das Testat „der Jahresabschluß wurde aufgrund der Buchführung der Firma R. erstellt und die Wertansätze nur in eingeschränktem Maße geprüft“ zeigt, daß keine eigene Verantwortung für irgendeinen Ansatz in der Bilanz im Außenverhältnis zu Dritten übernommen wird.

Tatbestand:

Der Beklagte ist als Wirtschaftsprüfer und Steuerberater tätig. Zu seinen Mandanten gehörte die R. KG in M. Dieser Gesellschaft hat die Klägerin im September 1990 gemäß der Zusage vom 25.9.1990 einen Kredit von insgesamt 2 Mio. DM gewährt. Grundlage für diese Darlehensgewährung war nach dem Vortrag der Klägerin eine von dem Beklagten erstellte undatierte Bilanz der Firma R. KG zum 31. 12. 1989 (1. Fassung). Die Bilanz in dieser Fassung wies die Forderungen und das Eigenkapital der R. KG zu hoch sowie die Verbindlichkeiten zu gering aus. Das zutreffende Zahlenwerk enthielt die von dem Beklagten unter dem Datum vom 5. 4. 1991 erstellte Bilanz zum 31. 12. 1989.

Der Beklagte pflegte, seitdem er die Wirtschaftsprüfer- und Steuerpraxis im Jahre 1980 von seinem Vorgänger übernommen hatte, für die als Mandantin übernommene R. KG zwei Bilanzen zu erstellen, eine sog. vorläufige Kalkulationsbilanz (Bilanz 1. Fassung) und eine „endgültige“ Handelsbilanz (Bilanz 2. Fassung). Nach dem Vorbringen des Beklagten war die vorläufige Kalkulationsbilanz ausschließlich für

interne Zwecke der R. KG wie insbesondere die Preiskalkulation bestimmt. Für die vorläufige Kalkulationsbilanz ließ die Kommanditgesellschaft jeweils dem Büro des Beklagten Ausrechnungen aus ihrer Buchhaltung über die in diese vorläufige Bilanz aufzunehmenden Werte und Beträge zukommen. Lediglich die auf die Abschreibungen entfallenden Beträge wurden durch Mitarbeiter des Beklagten errechnet. Eine Anpassung der Kalkulationsbilanz (des nächsten Jahres) an die endgültige Bilanz (des Vorjahres) nahm der Beklagte nicht vor, sondern schrieb die jeweiligen Werte der zwei unterschiedlichen Bilanzen in das nächste Jahr fort. Alle Bilanzen, sowohl die vorläufige Kalkulationsbilanz wie die endgültige Handelsbilanz, wurden von dem Beklagten mit dem Wirtschaftsprüfer-Siegel sowie seiner Unterschrift versehen und mit dem nachfolgenden Vermerk abgeschlossen:

„Vorstehender Jahresabschluß wurde von mir aufgrund der Buchführung der Firma R. KG erstellt. Ich habe die Buchführung und die Wertansätze auftragsgemäß nur in eingeschränktem Umfang geprüft. Die Bewertung der Warenvorräte erfolgte durch die Firma.“

Im Jahre 1992 wurde über das Vermögen der R. KG das Konkursverfahren eröffnet. Es ist noch nicht abgeschlossen.

Wegen ihres zu erwartenden Ausfalls, den sie auf etwa 1,8 Mio. DM schätzt, nimmt die Klägerin den Beklagten auf Schadenersatz in Anspruch.

Die Klägerin hat geltend gemacht: Sie habe bei den Vertragsverhandlungen mit der Geschäftsleitung der R. KG am 17.9.1990 die Vorlage von Unterlagen, insbesondere eine Bilanz für das Jahr 1989, verlangt. Daraufhin habe die Gesellschaft ihr die von dem Beklagten erstellte undatierte Bilanz zum 31.12.1989 übergeben. Darin sei die finanzielle Situation der Gesellschaft so dargestellt gewesen, daß die Kreditgewährung unproblematisch erschienen sei. Nach der Konkursöffnung sei ihr die andere Bilanz zum 31.12.1989, die der Beklagte unter dem 5.4.1991 erstellt habe, bekannt geworden. Darin seien die Positionen „Forderungen, Eigenkapital und Verbindlichkeiten“ der R. KG wesentlich ungünsti-

ger erschienen. Bei Kenntnis dieser Zahlen hätte der Kredit nicht gewährt werden können. Die Klägerin hat die Meinung geäußert, der Beklagte hätte wissen müssen, daß der Inhaber der R. KG mit der Kalkulationsbilanz Mißbrauch würde betreiben können. Alle von diesem Mandanten gewünschten Angaben hätten auch in einer anderen Form als der einer Bilanz beigebracht werden können. Die falschen Zahlen als „Kalkulationsgrundlage“ in die Folgejahre fortzuschreiben, mache keinen Sinn.

Die Klägerin hat beantragt,

festzustellen, daß der Beklagte verpflichtet ist, ihr den Schaden zu ersetzen, der ihr daraus entstanden ist oder noch entsteht, daß sie im Vertrauen auf die Richtigkeit einer Bilanz der Firma R. KG, die der Beklagte der R. KG mit Schreiben vom 12.6.1990 übermittelt, an die Firma R. KG einen Kredit in Höhe von 2 Mio. DM gewährte.

Der Beklagte hat beantragt,

die Klage abzuweisen.

Der Beklagte hat behauptet: Der persönlich haftende Gesellschafter der R. KG habe zugesichert, die vorläufigen Bilanzen nicht an Dritte weiterzugeben. Er bestreite mit Nichtwissen, daß die vorläufige Kalkulationsbilanz der Klägerin vorgelegt worden sei und für ihren Entschluß zur Kreditgewährung Bedeutung gehabt habe. Der Beklagte hat die Ansicht vertreten, bei gehöriger Aufmerksamkeit hätte die Klägerin erkennen können, daß die Kalkulationsbilanz keine vollständige Übersicht über die Verhältnisse der Gesellschaft ermögliche und daß er - der Beklagte - die darin enthaltenen Angaben nicht bestätigt habe. Der der Klägerin erwachsene Schaden beruhe zudem überwiegend auf ihrem eigenen Fehlverhalten. Sie hätte ihn fragen können, was denn von den in der Gewinn- und Verlustrechnung sowie den in der Bilanz ausgewiesenen Zahlenwerken originär von ihm nach Prüfung als Aussage gemacht werden könne, für die er die Verantwortung übernehme, und was lediglich die ungeprüfte Übernahme von Zahlenvorgaben der R. KG sei. Derartige Rückfragen habe die Klägerin - was unstreitig ist - nicht vorgenommen. Der Beklagte hat schließlich darauf hingewiesen, er sei nie damit befaßt gewesen, die Verhandlungen der R. KG

über die Bankkreditgewährung vorzubereiten und zu begleiten.

Das Landgericht hat die Klage abgewiesen. Zur Begründung hat es ausgeführt: Vertragliche Schadenersatzansprüche seien nicht geben. Zwischen den Parteien sei kein stillschweiger Auskunftsvertrag abgeschlossen worden. Denn das setze voraus, daß die Person, die wie der Beklagte kraft ihrer beruflichen Stellung besonderes Vertrauen genieße, von ihrem Mandanten zu Verhandlungen hinzugezogen worden sei, damit sie durch Auskünfte und Stellungnahmen die Verhandlungsposition des Mandanten günstig beeinflusse. Auch die Grundsätze über den Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter griffen hier nicht ein. Denn der Beklagte habe durch seinen Vermerk unter der Bilanz für Dritte erkennbar zum Ausdruck gebracht, daß er die Verantwortung für die Richtigkeit der Bilanz nicht übernehme, weil er keine oder nur eine eingeschränkte Prüfung vorgenommen habe. Schließlich seien auch keine Schadenersatzansprüche aus unerlaubter Handlung gegeben. Angesichts des Vermerks unter der von ihm erstellten Bilanz habe er nicht mit der Möglichkeit rechnen müssen, daß eine Bank im Vertrauen darauf, er habe die Verhältnisse der R. KG geprüft und richtig wiedergegeben, diesem Unternehmen einen Kredit gewährte.

Gegen dieses Urteil richtet sich die Berufung der Klägerin, mit der sie unter Wiederholung und Ergänzung ihres erstinstanzlichen Vortrags ihr Klageziel weiterverfolgt. Sie führt insbesondere aus: Entgegen der Meinung des Landgerichts habe der Beklagte durch den Vermerk am Ende der Bilanzen nicht zum Ausdruck gebracht, daß er die Verantwortung für die Richtigkeit der testierten Bilanz nicht übernehme. Er testiere zudem immer so, was ihr aus den Bilanzen anderer Kundenfirmen bekannt sei. Der Beklagte habe aufgrund der „offiziellen“ Bilanzen um die katastrophale Lage der R. KG gewußt und damit auch um ihren Finanzbedarf. Wenn er der R. KG bei einer derart negativen Unternehmensentwicklung die Kalkulationsbilanzen mit einem – eingeschränkten – Prüfungsvermerk übergeben habe, hätte sich ihm aufdrängen müssen, daß diese Firma die Kalkulationsbilanz mißbrauchen werde.

Die Klägerin beantragt,

unter Änderung des landgerichtlichen Urteils festzustellen, daß der Beklagte verpflichtet ist, ihr den Schaden zu ersetzen, der ihr daraus entstanden ist oder noch entsteht, daß sie im Vertrauen auf die Richtigkeit der vom Beklagten erstellten, undatierten Bilanz zum 31. 12. 1989 der Firma R. KG (mit einer Bilanzsumme von 14.873.417,67 DM) dieser Firma einen Kredit in Höhe von 2 Mio. DM gewährte.

Hilfsweise stellt die Klägerin einen Antrag zum Vollstreckungsschutz.

Der Beklagte bittet,

um Zurückweisung der Berufung.

Der Beklagte wiederholt und vertieft ebenfalls sein erstinstanzliches Vorbringen und bestreitet die neuen Behauptungen der Klägerin in der Berufungsbegründung. Er macht nochmals geltend, die Kalkulationsbilanz sei für die Kreditgewährung durch die Klägerin nicht entscheidend gewesen. Zudem hätten auch die Kalkulationsbilanzen das ständige Anwachsen der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ausgewiesen.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sach- und Streitstandes wird auf den Akteninhalt, insbesondere auf den Tatbestand und die Entscheidungsgründe des angefochtenen landgerichtlichen Urteils, verwiesen.

Die zulässige Berufung der Klägerin hat in der Sache keinen Erfolg.

Aus den Gründen:

Zwar ist die **Feststellungsklage** entgegen der Meinung des Beklagten nicht mangels eines Feststellungsinteresses gemäß § 256 ZPO unzulässig. Solange das **Konkursverfahren** gegen die R. KG nicht abgeschlossen ist, ist der genaue Umfang des **Schadens der Klägerin noch ungewiß** und das Bestehen eines Feststellungsinteresses deshalb zu bejahen. Erst recht lag ein Feststellungsinteresse im Zeitpunkt der Klageerhebung vor, weil damals noch nicht einmal die der Klägerin zur Sicherheit ihres Darlehens an dem Betriebsgrundstück eingeräumten Grundpfandrechte verwertet waren

und es offen war, in welcher Höhe der Klägerin daraus Beträge zufließen würden. **Selbst wenn im Verlaufe dieses Verfahrens noch nachträglich die Erhebung einer Leistungsklage möglich geworden sein sollte, entfielen hierdurch nicht das Feststellungsinteresse** der seit längerem rechtshängigen Klage (vgl. Zöller/Stephan, ZPO 18. Aufl., Rdnr. 8 a zu § 256 ZPO m.w.N.).

Die Klage ist jedoch unbegründet.

I.

Der Klägerin stehen gegen den Beklagten keine vertraglichen Schadenersatzansprüche zu.

1. Nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs ist zwar der **stillschweigende Abschluß eines Auskunftsvertrages** zwischen Geber und Empfänger der Auskunft und damit eine vertragliche Haftung des Auskunftgebers für die Richtigkeit seiner Auskunft regelmäßig dann anzunehmen, wenn diese für den Empfänger erkennbar von erheblicher Bedeutung ist und er sie zur Grundlage wesentlicher Entschlüsse machen will. Das gilt insbesondere in Fällen, in denen der Auskunftgeber für die Erteilung der Auskunft besonders sachkundig ist oder ein eigenes wirtschaftliches Interesse bei ihm besteht (vgl. BGH, GI 43/85 = WM 1985, 1531, 1532 m.w.N. = NJW 1986, 180; BGH, WM 1992, 1031, 1034). Der Bundesgerichtshof hat jedoch auch betont, daß für das Zustandekommen eines Auskunftsvertrages ohne Rücksicht auf die Besonderheiten der jeweiligen Fallgestaltung nicht stets allein schon die Sachkunde des Auskunftgebers und die Bedeutung der Auskunft für den Empfänger ausreichen.

Für den stillschweigenden Abschluß eines Auskunftsvertrages ist vielmehr entscheidend darauf abzustellen, **ob die Gesamtumstände unter Berücksichtigung der Verkehrsauffassung und des Verkehrsbedürfnisses den Rückschluß zulassen, daß beide Teile nach dem objektiven Inhalt ihrer Erklärungen die Auskunft zum Gegenstand vertraglicher Rechte und Pflichten gemacht haben** (BGH, a.a.O., m.w.N.). Als solche **weitere Umstände außer der Sachkunde** des Beklagten könnten hier etwa bedeutsam sein: ein eigenes **wirt-**

schaftliches Interesse an dem Geschäftsabschluß, **ein persönliches Engagement** in der Form von Zusicherungen nach Art einer Garantieübernahme, das **Versprechen eigener Nachprüfung** der Angaben des Geschäftspartners des Auskunftsempfängers, die **Hinzuziehung des Auskunftgebers zu Vertragsverhandlungen** auf Verlangen des Auskunftsempfängers oder die Einbeziehung in solche Verhandlungen als unabhängige neutrale Person sowie eine etwa bereits anderweitige bestehende erhebliche Vertragsbeziehung zwischen Auskunftgeber und Auskunftsempfänger. Alle diese Umstände waren hier jedoch nicht gegeben, so daß sich das Zustandekommen eines Auskunftsvertrages nicht feststellen läßt.

2. Die Klägerin kann vertragliche Ansprüche gegen den Beklagten auch nicht nach den **Grundsätzen über die Einbeziehung Dritter in den Schutzbereich des Vertrages** zwischen dem Beklagten und der R. KG geltend machen. Daß diese zwei Parteien bei der Erteilung des Auftrags zur Erstellung der hier in Rede stehenden Kalkulationsbilanz über die Einbeziehung der Klägerin **als Bank in den Schutzbereich ihres Vertrages nicht gesprochen haben, steht zwar der (schlüssigen) Einbeziehung** eines solchen Dritten nicht entgegen (vgl. OLG Karlsruhe, NJW-RR 1990, 861). Es fehlt jedoch an anderen notwendigen Voraussetzungen. Personen, die über eine besondere, vom Staat anerkannte Sachkunde verfügen, wie etwa Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, können in die Lage kommen, daß sie bei ihrer Begutachtung Sorgfaltspflichten gegenüber mehreren Personen mit unterschiedlicher Interessenrichtung zu beachten haben. Wie der Bundesgerichtshof wiederholt entschieden hat, spricht selbst die **Gegenläufigkeit der Interessen** des Auftraggebers und des Dritten nicht gegen seine Einbeziehung in den Schutzbereich des Vertrages (vgl. BGH, NJW-RR 1989, 690 m.w.N.; BGH, NJW 1987, 1758 f = GI 1987, 27; BGH, WM 1986, 711, 712 = NJW-RR 1986, 1307).

Für eine solche im Ansatz mögliche Einbeziehung der Klägerin in den Schutzbereich des Vertrages zwischen der R. KG und dem Beklagten sind hier jedoch keine weiteren Umstände ersichtlich, wie sie nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs erforderlich sind. Es

läßt sich nicht feststellen, daß der Beklagte davon **Kenntnis** hatte, daß seine **Kalkulationsbilanz zum 31.12.1989 als Entscheidungsgrundlage** für die Darlehensgewährung seitens der Klägerin dienen sollte. Wie der Beklagte in seinem Schreiben vom 12.6.1990 an die Geschäftsführung der R. KG zum Ausdruck gebracht hat, ging er davon aus, daß diese Kalkulationsbilanz wie in den Vorjahren vereinbarungsgemäß nur zum internen Gebrauch bestimmt sei. Zwar bestreitet die Klägerin, daß die Bilanz – 1. Fassung – mit diesem Begleitschreiben übersandt worden ist. Darauf kommt es jedoch nicht entscheidungserheblich an. Denn die Klägerin muß nach allgemeinen Grundsätzen die anspruchsbegründenden Tatsachen für ihre Einbeziehung in den Schutzbereich des Vertrages zwischen dem Beklagten und der R. KG darlegen und beweisen und damit vortragen und unter Beweis stellen, daß die „Kalkulationsbilanz“ nicht ausschließlich für interne Zwecke der R. KG bestimmt war. Dafür aber tritt die Klägerin keinen Beweis an.

Der Vortrag des Beklagten, der persönlich haftende Gesellschafter der R. KG habe seit der Betreuung durch ihn von ihm ebenso wie schon von seinem Praxisvorgänger die Erstellung einer vorläufigen Bilanz in der von dem Beklagten erstellten Art und Weise gewünscht, ist trotz der Einwendungen der Klägerin zu der mangelnden Aussagekraft dieser Kalkulationsbilanz nicht widerlegt, zumal die von dem Beklagten vorgelegten Begleitschreiben, auch wenn deren Zugang streitig ist, mangels eines konkreten gegenteiligen Vorbringens der Klägerin ein gewichtiges Indiz für die von dem Beklagten behauptete Praxis sind. Dieser Fall unterscheidet sich somit von den vom Bundesgerichtshof entschiedenen Rechtsstreitigkeiten, in denen die Bilanzen nachgewiesenermaßen als Entscheidungsgrundlage für Dritte dienen sollten (vgl. BGH, NJW-RR 1993, 944; NJW-RR 1989, 696 = GI 1989, 95; NJW-RR 1987, 1758 und WM 1986, 711 = NJW-RR 1986, 1307).

Hinzu kommt folgendes: Selbst wenn einmal das Vorliegen eines Vertrages mit Schutzwirkung für die Klägerin unterstellt wird, muß jeweils im Einzelfall bestimmt werden, **wie weit die Haftung persönlich und gegenständlich reichen soll**. Dabei kommt bei Steuerberatern

vielfach dem **Inhalt** des von ihnen gegebenen **Testats**, auf dessen genauen Wortlaut in den beteiligten Wirtschaftskreisen genau geachtet zu werden pflegt, entscheidende Bedeutung zu (BGH, NJW-RR 1989, 696, 697 m.w.N. = GI 1989, 95; vgl. auch BGH, NJW 1987, 1758 = GI 1987, 27). Nur soweit der Steuerberater nach dem Wortlaut des Testats die Verantwortung für die Richtigkeit der testierten Aufstellung übernimmt, reicht seine Haftung. Hier hat der Beklagte bescheinigt, **den Jahresabschluß aufgrund der Buchführung der R. KG erstellt und diese Buchführung und die Wertansätze nur in eingeschränktem Maße geprüft zu haben**. Damit übernahm der Beklagte, da nicht offengelegt wurde, welche Angaben der Buchführung und der Wertansätze er tatsächlich geprüft hatte, **im Außenverhältnis zu Dritten keine eigene Verantwortung für irgendeinen Ansatz in der Bilanz**. Das war für in Bezug auf Bilanzen fach- und sachkundige Dritte, zu denen die Klägerin als Bank gehört, eindeutig und unzweifelhaft erkennbar.

Eine andere Beurteilung ist nicht etwa deshalb angebracht, weil der Beklagte alle von ihm erstellten Bilanzen mit dem **Wirtschaftsprüfer-Siegel** sowie seiner vollen **Unterschrift** versehen hat. Damit mag er, wie der Prozeßbevollmächtigte der Klägerin in der mündlichen Verhandlung vor dem Senat ausgeführt hat, bestrebt gewesen sein, das allgemein Wirtschaftsprüfern entgegengebrachte Vertrauen in Anspruch zu nehmen. Entgegen der Meinung des Prozeßbevollmächtigten der Klägerin hat er jedoch nach der Ansicht des Senats damit keinen „Gefährdungstatbestand“ geschaffen, unabhängig davon, daß daraus in Bezug auf den hier vorliegenden Sachverhalt und den Klageanspruch keine Anspruchsgrundlage abgeleitet werden kann. Jedenfalls bleibt es aber hier in diesem Zusammenhang allein und ausschließlich entscheidend, daß auch das Siegel und die Unterschrift einen Testat-Text deckten, der seinem Inhalt nach – wie begründet – ungeeignet war, Vertrauen in die sachliche Richtigkeit des Zahlenwerks des über dem Testat stehenden Jahresabschlusses zu rechtfertigen. Ob der Beklagte damit dem ihm erteilten Auftrag gerecht wurde, betrifft allein das Verhältnis zwischen ihm und der R. KG. Für die Klägerin jedenfalls **schaffte er mit diesem Testat kei-**

nen Vertrauenstatbestand. Wenn die Klägerin als **Großbank** trotzdem, weil der Beklagte seine Testate bekanntermaßen in allen Fällen so abfaßte, im Vertrauen auf die Richtigkeit der von dem Beklagten in der geschehenen Art und Weise testierten Bilanz zum 31. 12. 1989 Dispositionen treffen wollte; **hätte sie sich vorher bei ihm erkundigen müssen**, in welchem Umfang er abweichend von dem Inhalt seines Testats für die Richtigkeit des Zahlenwerks der Bilanz zu garantieren bereit war. Das hat sie unstreitig nicht getan.

II.

Auch eine deliktsrechtliche Haftung des Beklagten nach § 826 BGB ist nicht gegeben. Es läßt sich nicht feststellen, daß der Beklagte in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise der Klägerin vorsätzlich Schaden zugefügt hat.

Auch ein **leichtfertiges und gewissenloses Handeln kann zwar einen Sittenverstoß darstellen** (BGH, WM 1985, 1531, 1533 m.w.N. = GI 43/85). Unter diesem Gesichtspunkt hätte der Beklagte entsprechend den zutreffenden Ausführungen der Klägerin bedenken können und müssen, daß **wegen der Fortschreibung der Kalkulationsbilanzen** ohne zwischenzeitliche Anpassung an die richtigen Werte der endgültigen Handelsbilanzen **die „Schere“ zwischen den beiden Bilanzwerken immer größer wurde** und die Ansätze der Kalkulationsbilanz immer weniger der Realität entsprachen. Der Beklagte ersah aus der „richtigen“ Bilanz, daß sich der Vermögensstatus der R. KG zunehmend verschlechterte. Angesichts dieser Entwicklung hätte es sich dem Beklagten durchaus aufdrängen müssen, daß die Gesellschafter und Geschäftsführer der R. KG aufgrund der angespannten finanziellen Lage der Gesellschaft in die Versuchung geraten könnten, mit dem unzutreffenden Zahlenwerk der Kalkulationsbilanz zum 31. 12. 1989 einen Kredit zu erlangen. Andererseits hatte der Beklagte jedoch **durch das Testat** mit dem von ihm gewählten Inhalt unmißverständlich **klargestellt, daß er keine Gewähr für die Richtigkeit des Zahlenwerks der Bilanz übernehme**. Der Beklagte konnte angesichts des von ihm gewählten Inhalts seines Testats erwarten, daß eine Bank wie die Klägerin oder andere Interessenten bei ihm Erkundigungen einziehen würden, inwieweit auf

das von ihm nur teilweise geprüfte Zahlenwerk insgesamt Verlaß sei, bevor sie im Vertrauen auf die Richtigkeit des Bilanzzahlenwerks finanzielle Dispositionen trafen. Unter diesen Umständen kann es bei einer Gesamtbetrachtung nicht als leichtfertig und gewissenlos angesehen werden, daß der Beklagte die Kalkulationsbilanz mit dem hier in Rede stehenden Inhalt der Geschäftsführung der R. KG zur Verfügung stellte.

Unter diesen Umständen kann dem Beklagten auch **kein Vorsatz** nachgewiesen werden. Zwar reicht als Schuldform für § 826 BGB **bedingter Vorsatz aus**, d.h. das Bewußtsein des Täters, hier des Beklagten, daß infolge seines Verhaltens ein anderer Schaden erleiden könnte, sofern der Täter diesen möglichen Erfolg in seinen Willen aufgenommen und für den Fall seines Eintritts billigend in Kauf genommen hat (BGH, WM 1985, 1531, 1533; Palandt/Thomas, BGB 53. Aufl., Rdnr. 10 zu § 826 BGB m.w.N.). Die Voraussetzung, daß der Beklagte mit der Möglichkeit rechnete, daß Dritte wie die Klägerin durch sein Verhalten geschädigt werden könnten, läßt sich angesichts des von dem Beklagten gewählten Testats unter der Kalkulationsbilanz nicht feststellen (s. vor). Es läßt sich nicht ausschließen, daß er sich sicher war, mit dieser Art des Testats sichergestellt zu haben, daß Geschäftspartner der R. KG nicht darauf vertrauen würden, das Zahlenwerk der Kalkulationsbilanz sei deshalb zutreffend, weil er als Steuerberater an dessen Erstellung „mitgewirkt“ habe.

Soweit die Klägerin durch die Parteivernehmung des Beklagten unter Beweis stellt, dieser habe sogar Kenntnis davon gehabt, daß die Kalkulationsbilanz 1989 bei Kreditverhandlungen mit Banken habe verwertet werden sollen, fehlen dafür unter Berücksichtigung der zuvor gemachten Ausführungen konkrete Anhaltspunkte. Da auch die Klägerin einleuchtende und überzeugende Indizien für eine solche Kenntnis nicht vorträgt, handelt es sich insoweit um einen unzulässigen **Ausforschungsbeweis** (vgl. Baumbach/Hartmann, ZPO 52. Aufl., Rdnr. 27 der Einf. § 284 ZPO). Davon abgesehen vermöchte auch eine – unterstellte – Kenntnis des Beklagten wegen des vertrauenszerstörerischen Inhalts des Testats aus den dargelegten Gründen eine deliktische Haftung nicht zu begründen.

Steuerberaterhonorar

- Verjährung, § 196 Abs. 1 Nr. 15 BGB
 - Einforderbarkeit
 - Hausverwaltung
 - Schadenersatzanspruch und Nachbesserung
- (OLG Düsseldorf, Urt. v. 12. 1. 1995 – 13 U 90/93)

Leitsätze (d. Red.):

1. Die Erklärung des Mandanten, „die Rückstände zu bezahlen“, macht unmißverständlich deutlich, daß ihm das Bestehen der Gebührenschuld bewußt ist und er diese, soweit berechtigt, auch begleichen wird.

2. Hausverwaltung ist keine Tätigkeit, die nach der Steuerberatergebührenverordnung abzurechnen ist, sondern nach den üblichen Taxen im Sinne von § 612 Abs. 2 BGB.

3. Hat der Steuerberater keine Gelegenheit zur Beseitigung der angeblichen Mängel der Hausabrechnungen erhalten, kann ein Schadenersatzanspruch nicht geltend gemacht werden.

Aus den Gründen:

I.

Der Kläger, der den Beklagten bis Juli 1991 über Jahre hinweg umfassend steuerlich betreut hat, macht folgende Rechnungen über seine Tätigkeit für den Beklagten geltend:

28. 12. 1982	1.775,12 DM
24. 1. 1984	2.048,58 DM
13. 2. 1985	2.028,06 DM
14. 5. 1986	2.087,34 DM
1. 12. 1986	1.912,92 DM
16. 11. 1987	285,00 DM
24. 5. 1988	2.829,48 DM
18. 12. 1989	3.607,76 DM
5. 3. 1990	1.915,20 DM
19. 7. 1990	3.400,73 DM
10. 6. 1991	136,80 DM
5. 7. 1991	136,80 DM
	<hr/>
	22.163,79 DM

abzüglich zugestandener
Zahlungen des Beklagten
von insgesamt

4.000,00 DM

18.163,79 DM

Das Langericht hat den Beklagten – bis auf einen Teil der verlangten Zinsen – antragsgemäß verurteilt. Der Beklagte verteidigt sich, wie schon im ersten Rechtszug, damit, daß er die Rechnungen nach Grund und Höhe bestreitet, Verjährung einwendet und hilfsweise mit angeblichen Schadenersatzforderungen aufrechnet.

II.

Die Berufung ist teilweise begründet, weil drei Rechnungen nicht ordnungsgemäß sind und der Beklagte nach dem tatsächlichen Vorbringen des Klägers und den Unterlagen, die dieser vorgelegt hat, insgesamt mehr gezahlt hat, als der Kläger zugesteht. Im übrigen ist die Berufung nicht begründet.

1. Der Kläger hat die in den eingeklagten Rechnungen aufgeführten Tätigkeiten im Auftrag des Beklagten ausgeführt und – bis auf drei Rechnungen (s. nachstehend) – ordnungsgemäß abgerechnet. Das pauschale Bestreiten des Beklagten ist nach § 138 Abs. 4 ZPO unbeachtlich:

a) **Als selbständiger Gewerbetreibender (Gastwirt und Makler) benötigte der Beklagte die Ergebnisse (Bilanzen, Steuererklärungen, Buchführung) der Arbeiten, die der Kläger abgerechnet hat.** Daß der Kläger ihn während der Zeiten, auf die die Rechnungen sich beziehen, umfassend steuerlich betreut hat, ist unstreitig. Zu einer Rechnung (18. 12. 1989) hat der Beklagte selbst einen Teil des berechneten Arbeitsergebnisses vorgelegt. Der Beklagte behauptet auch nicht, daß er einen anderen Steuerberater mit den abgerechneten Tätigkeiten betraut oder die Arbeiten selbst ausgeführt habe. Unter diesen Umständen schweigt jeder vernünftige Zweifel daran, daß der Kläger die im einzelnen aufgeführten Leistungen im Auftrag des Beklagten erbracht hat.

b) Auch **zur Höhe der Rechnungen** hat der Beklagte keine konkreten und nachprüfaren Einwände erhoben. Bei Zustellung der Klage im

August 1992 waren die Aufbewahrungsfristen nach § 257 Abs. 4 HGB, § 147 Abs. 3 AO für die Jahresabschlüsse (zehn Jahre) selbst bei der ältesten Rechnung und die für die übrigen Belege (sechs Jahre) bei den Rechnungen ab dem 24. 5. 1988 noch nicht abgelaufen. Deshalb wäre der Beklagte ohne weiteres imstande gewesen, im einzelnen darzulegen, welche Ansätze in den Rechnungen des Klägers falsch seien.

2. Daß die **Verjährungsfrist von zwei Jahren, § 196 Abs. 1 Nr. 15 BGB**, bei Zustellung der Klage überwiegend abgelaufen war, ist unerheblich, weil der Beklagte auf die Einrede der Verjährung verzichtet hat. Die Zeugin X. hat lebendig und anschaulich geschildert, daß der Beklagte in zwei Gesprächen Anfang 1988 und Anfang 1991 erklärt hat, er werde „die Rückstände bezahlen“. Der Senat sieht, wie schon das Landgericht, keinen Anlaß, die Glaubwürdigkeit der Zeugin und den Wahrheitsgehalt ihrer Aussage anzuzweifeln. Damit hatte der Beklagte aus der Sicht des Klägers **unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, daß ihm das Bestehen einer Gebührenschuld bewußt war und er diese, soweit sie berechtigt war, auch begleichen werde**.

3. Die Gebührenansprüche in den Rechnungen vom

16. 11. 1987	285,00 DM
10. 6. 1991	136,80 DM
5. 7. 1991	136,80 DM
	<hr/>
	558,60 DM

sind allerdings (noch) **nicht einforderbar**. Denn die erteilten Rechnungen entsprechen nicht den Anforderungen des § 9 Abs. 2 StBGebV, **weil die angewandten Gebührevorschriften nicht angegeben sind** (vgl. Senat, GI 1993, 398; GI 1994, 16). Bei der Rechnung vom 5. 3. 1990 ist dagegen unschädlich, daß keine Gebührevorschriften angegeben sind. Denn die dort berechnete **Hausverwaltung ist keine Tätigkeit, die nach der StBGebV abzurechnen sind** (Eckert/Böttcher, StBGebV 2. Aufl. 1989, Ver-einbT Rdnr. 21). Der Gebührenansatz in dieser Rechnung (1,5 % der Jahresrohmiete) ist nicht zu beanstanden, weil er noch unter der Vergütung liegt, die als **üblich im Sinne von § 612**

Abs. 2 BGB anzusehen wäre (vgl. Eckert/Böttcher, a.a.O.).

III.

Ein **Schadenersatzanspruch**, mit dem er hilfsweise aufrechnen könnte, **steht dem Beklagten schon deshalb nicht zu, weil er nicht einmal behauptet, daß er dem Kläger Gelegenheit gegeben hätte, die angeblichen Mängel der Hausabrechnungen zu beheben**. Dabei kann dahinstehen, ob diese Tätigkeit des Klägers nach Dienstvertrags- oder nach Werkvertragsrecht zu beurteilen ist. Denn auch bei einem Dienstverhältnis ist dem zur Dienstleistungen Verpflichteten jedenfalls dann ein Nachbesserungsrecht einzuräumen, wenn die geschuldete Einzelleistung für sich betrachtet werkvertraglichen Charakter hat (OLG Frankfurt, Stbg 1994, 283; ständige Rechtsprechung des Senats).

Haftung des Konkursverwalters

- Verletzung steuerrechtlicher Pflichten
- Umsatzsteuer aus Neugeschäften
(FG Münster, Urt. v. 29.11.1994 – 15 K 3383/89 U)

Leitsätze (d.Red.):

1. Umsatzsteuer aufgrund von Neugeschäften des Konkursverwalters gehört zu den erst zweitrangig zu tilgenden Massekosten im Sinne § 58 Nr. 2 KO; die Umsatzsteuer ist keine erstrangig zu bedienende Masseschuld im Sinne § 60 Abs. 1 Nr. 1 KO.

2. Bei Verletzung steuerrechtlicher Pflichten durch den Konkursverwalter haftet dieser lediglich gemäß § 69 KO und nicht gemäß § 82 KO.

Aus den Gründen:

Streitig ist die Haftungsinanspruchnahme eines Konkursverwalters (KV, für Umsatzsteuer = USt)

auf von ihm nach Konkurseröffnung getätigte Umsätze und für von ihm unrechtmäßig abgezogene Vorsteuer.

Der Kläger war Konkursverwalter über das Vermögen einer Firma. Nachdem das AG Detmold über das Vermögen der KG am 31.5.1983 das Konkursverfahren eröffnet hatte, führte der Kläger den Betrieb der Gemeinschuldnerin mit Zustimmung der Gläubigerversammlung und des Gläubigerausschusses ab 1.6.1983 fort. Am 24.1.1985 stellte das AG Detmold das Konkursverfahren mangels Masse ein.

Nach den Feststellungen einer USt-Sonderprüfung (Bericht vom 18.6.1984) hatte der Kläger die auf die Betriebsfortführung entfallende USt nur bis März 1984 angemeldet. Ferner hatte der Kläger die in der Rechnungen eines Herrn Z. vom 26.11.1983 ausgewiesene Ust in Höhe von 28.730 DM als Vorsteuer zum Vorteil der Masse im Rahmen der USt-Voranmeldung Dezember 1983 abgezogen; Z. hatte die von ihm abgerechneten Dienstleistungen vor Konkurseröffnung erbracht. Außerdem hatte der Kläger Vorsteuern auf nach Konkurseröffnung geleistete Zahlungen zur Befriedigung von Wechselforderungen einer Firma W. in Höhe von 46.515,72 DM im Rahmen der USt-Voranmeldung September 1983 zu Gunsten der Masse abgezogen, ohne daß W. dem Kläger eine Rechnung mit offenem USt-Ausweis erteilt hatte. Entsprechend seinen Steueranmeldungen hatte der Kläger Ust nur in um die vorbenannten Vorsteuerbeträge verminderter Höhe an das beklagte Finanzamt (FA) abgeführt.

Nachdem das FA mit der entsprechend diesen Feststellungen festgesetzten USt teilweise ausgefallen war, erließ es am 19.3.1985 gegen den Kläger einen auf §§ 69 i.V.m. 34 Abgabenordnung 1977 (AO) und auf § 82 Konkursordnung (KO) gestützten Haftungsbescheid. Auf den Einspruch ermäßigte das FA in der Einspruchsentscheidung (EE) vom 3.5.1989 die Haftungsschuld auf 395.699 DM. Als Haftungsgrund führte das FA an, der Kläger habe die ihn als KV treffende Pflicht, die aus den im Rahmen der Betriebsfortführung getätigten Umsätzen herührende USt einschließlich der auf die entfallenden Säumniszuschlägen (SZ) erstrangig als Masseschulden nach § 59 Abs. 1 Nr. 1 KO zu tilgen, mindestens grob fahrlässig nicht erfüllt.

Ferner hatte der Kläger auf die aus der Rechnung Z. abgezogene Vorsteuer und auf die Vorsteuerbeträge, die der Kläger anlässlich seiner Zahlungen auf die Wechselforderungen der W. abgezogen habe. Ebenso hatte der Kläger für die wegen Nichtabgabe der USt-Voranmeldungen April bis Dezember 1984 festgesetzten Verspätungszuschläge (VZ). In der EE führte das FA aus, daß nach Einstellung des Konkursverfahrens mangels Masse mit keiner weiteren Befriedigung der gegen die KG festgesetzten Steuern und steuerlichen Nebenforderungen mehr zu rechnen sei. Das FA setzte eine Haftquote in Höhe von 6,35 % an, bei deren Berechnung es davon ausging, daß der Kläger nur Massegläubiger im Sinn des § 60 Abs. 1 Nr. 1 i.V.m. § 59 Abs. 1 Nr. 1 KO befriedigt habe. Wegen der Einzelheiten der Berechnung der Haftquote wird auf die EE Bezug genommen. Vor Erlaß des Haftungsbescheides hat das FA gemäß § 191 Abs. 2 AO der Rechtsanwaltskammer für den Oberlandesgerichtsbezirk H. mit Schreiben v. 28.1.1985 zur beabsichtigten Inanspruchnahme bis zum 10.3.1985 gegeben.

Mit der vorliegenden Klage begehrt der Kläger die Aufhebung des Haftungsbescheides mit folgender Begründung: Die im Rahmen der Fortführung des Betriebs des Gemeinschuldners angefallene USt gehöre nach herrschender Meinung zu den Massekosten im Sinn des § 58 Nr. 2 KO. Die Betriebsfortführung bei der KG nach Konkurseröffnung habe ausschließlich der Masseverwertung gedient. Das Bemühen, den Betrieb im Ganzen zu verkaufen, sei endgültig im Dezember 1983 gescheitert, worauf der Kläger die Betriebseinstellung verfügt, dem Personal gekündigt und die noch vorhandenen Aufträge abgewickelt habe. Er habe keine Pflichtverletzung begangen, wenn er die nach Konkurseröffnung entstandene USt nicht getilgt habe; jedenfalls habe er weder vorsätzlich noch grob fahrlässig gehandelt, da er einem unverschuldeten Rechtsirrtum über die Qualität der USt unterlegen sei. Gleiches gelte für seine Inanspruchnahme auf die abgezogenen Vorsteuerbeträge. Schließlich lasse der Bescheid jegliche Ausübung des dem FA obliegenden Entscheidungsermessens vermissen. Bei grob fahrlässiger Pflichtverletzung des haftungsweise in Anspruch genommenen KV könne nicht von

einer Vorprägung des Ermessens des FA ausgegangen werden. (Anträge)

Der Kläger haftet nicht für die ausgefallene USt und die mit ihr im Zusammenhang stehenden steuerlichen Nebenforderungen, soweit diese durch nach Eröffnung des Konkursverfahrens getätigte Umsätze ausgelöst worden sind.

Zwar war der Kläger als KV über das Vermögen der KG Vermögensverwalter im Sinn des § 34 Abs. 3 AO (vgl. *Tipke/Kruse, AO, § 34 Tz. 14*). **Mangels Pflichtverletzung** scheidet aber die Inanspruchnahme des Klägers nach § 69 Satz 1 AO aus. Der Kläger war nicht zur Befriedigung der durch die Betriebsfortführung ausgelösten USt aus der Konkursmasse verpflichtet. Nach der im Prozeßverfahren unwiderlegt gebliebenen Annahme des FA erschöpfte der Kläger durch Befriedigung der gegenüber den außerordentlichen Massegläubigern bestehenden, nach § 60 Abs. 1 Nr. 1 KO erstrangig zu bedienenden Masseschulden im Sinn von § 59 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 2 KO vollumfänglich die Konkursmasse, so daß ihm keine Mittel zur Tilgung der nach § 60 Abs. 1 Nr. 2 KO erst zweitrangig zu tilgenden Massekosten im Sinn des § 58 Nr. 1 und 2 KO verblieben. **Die durch die Neugeschäfte des KV ausgelöste USt gehörte zu den erst zweitrangig zu tilgenden Massekosten im Sinn des § 58 Nr. 2 KO und nicht zu den nach § 60 Abs. 1 Nr. 1 KO erstrangig zu bedienenden Masseschulden.** Der Senat folgt insoweit dem BFH (*BStBl II 1978, 684, II 1983, 694, II 1987, 527 und 741, ferner II 1991, 817, und UR 1994, 434*) und der **einzelig** in der Literatur vertretenen Auffassung, wonach die USt zu den Massekosten gehört, wenn sie auf Umsätzen beruht, die der KV nach Eröffnung des Konkursverfahrens tätigt, auch wenn dies im Rahmen einer Betriebsfortführung geschieht (vgl. *Kuhn/Uhlenbrock, KO 11. Aufl. 1994, § 58 Rdnr. 10 b und 10 o; Kilger/Karsten/Schmidt, KO 16. Aufl. 1993, § 58 Anm. 3 f; Hess, KO 4. Aufl. 1993, § 38 Rdnr. 36 und 40; Frottscher, Steuern im Konkurs 3. Aufl. 1990, 2. Teil A II 1, S. 78 und 79; derselbe in Schwarz, AO, § 251 Tz. 28 und 66; Becker/Riewald/Koch, Reichsabgabenordnung 9. Aufl. 1966, nach § 381 AO Anm. – und 5; Tipke/Kruse, a.a.O., § 251 Tz. 23; Onusseit, Umsatzsteuer im Konkurs, Dritter Teil A II bis IV, Seiten 136 ff, ins-*

besondere Seite 146; Nieskens in DStZ 1984, 391 unter II 2). **Die vom FA für seine gegen-
teilige Auffassung angezogene (bei Kuhn/
Uhlenbrock 9. Aufl., § 58 KO Anm. 3), vertre-
tene Meinung, wonach die infolge Betriebs-
fortführung nach Konkurseröffnung ausge-
löste USt Masseschuld im Sinn des § 59 Abs.
1 Nr. 1 KO sei, ist vereinzelt geblieben und
ab der 10. Aufl. dieses Kommentars zu Gun-
sten der ganz überwiegenden Literaturauf-
fassung aufgegeben worden.** § 60 Abs. 1 Nr. 1 in Verbindung mit § 59 Abs. 1 Nr. 1 und 2 KO schafft einen Vertrauenstatbestand für alle Gläubiger, die sich „zum Besten“ der Konkursmasse nach Eröffnung des Konkursverfahrens mit dem KV einlassen und die darauf vertrauen, daß alle ihnen dabei erwachsenden Ansprüche aus der Konkursmasse bedient werden. Diesem Vertrauensschutz entsprechend fallen neben vertraglichen Ansprüche auch Ansprüche aus unerlaubter Handlung des KV, soweit sie aus der Teilnahme des für die Konkursmasse handelnden KV am Rechtsverkehr entstehen, unter die Masseschulden des § 59 Abs. 1 Nr. 1 KO (vgl. *Kuhn/Uhlenbrock, a.a.O., 11. Aufl., § 59 Rdnr. 2 d – 1, Frottscher, a.a.O., S. 78/79 und 187/188; derselbe in Schwarz, a.a.O., § 251 Tz. 28 m.w.N.; Tipke/Kruse, a.a.O., § 251 Tz. 23; Onusseit, a.a.O., Dritter Teil A II 1, S. 136 und 137; Nieskens in DStZ 1984, 391 unter II 2*). **Entsprechend dem Schutzzweck des § 59 Abs. 1 Nr. 1 KO sind nach Konkurseröffnung entstandene Steueransprüche im Regelfall keine Masseschulden, weil sie lediglich die steuerliche Folge von Geschäften und Handlungen des KV sind, ohne daß der Steuerfiskus selbst sich in von Vertrauen getragene Geschäfte mit dem KV eingelassen hätte.**

Selbst wenn aber man die durch Neugeschäfte nach Konkurseröffnung ausgelöste USt den Masseschulden nach § 59 Abs. 1 KO zurechnete, scheiterte die Inanspruchnahme des Klägers nach § 69 AO, weil er nicht mindestens grob fahrlässig (zum Begriff vgl. *BFH in BStBl II 1989, 491, 493*) die geschuldete USt vorenthalten hat. **Angesichts des damaligen Meinungsstandes in Rechtsprechung und Literatur handelte der Kläger bei Zuordnung der USt zu den Massekosten nicht schuldhaft** (*Kilger/Karsten/Schmidt, a.a.O., § 82 Anm. 3 a „Rechtsirrtum“*). Zwar wurde leichte Fahrlässig-

keit als Haftungsmaßstab für eine Inanspruchnahme nach § 82 KO reichen. Nach der Rechtsprechung des BGH (*in UR 1989, 214 = NJW 1989, 303 = GI 1992, 25, sowie UR 1993, 162 und 422*) **haftet der KV aber nach § 82 KO nur bei Verletzung spezifisch konkursrechtlicher Vorschriften.** Im Streitfall kommt jedoch nur eine Verletzung steuerrechtlicher Pflichten des KV in Betracht; **in einem solchen Fall verdrängt § 69 AO als die speziellere Vorschrift den § 82 KO** (*Kilger/Karsten/Schmidt, a.a.O., § 82 Anm. 8, und Frotscher, a.a.O., S. 43/44*).

Der Kläger haftet auch nicht auf die angefallenen SZ und die festgesetzten VZ. Soweit der KV als Massekosten zu qualifizierende Steuerschulden nicht erfüllt, gehören die für die Steuerschuld angefallenen SZ ebenfalls zu den Massekosten nach § 58 Nr. 2 KO (*Nieskens, a.a.O., unter II 2 b*). Gleiches gilt für VZ, die gegen den KV festgesetzt worden sind, weil er seiner Pflicht zur Abgabe von USt-Voranmeldungen nicht nachgekommen ist (*vgl. Frotscher a.a.O., S. 79 und 80*). Die vom Kläger haftungsweise geforderten SZ waren im Jahre 1984 angefallen, weil der Kläger die durch die Betriebsfortführung ausgelöste USt nicht abgeführt hatte. Die für die Voranmeldungszeiträume April bis Dezember 1984 festgesetzten VZ beruhten darauf, daß der Kläger ab April 1984 keine USt-Voranmeldungen abgegeben hatte.

Mangels Pflichtverletzung haftet der Kläger auch nicht auf die Steuerminderung, soweit sie auf dem Abzug der in der Rechnung Z. vom 26.11.1983 ausgewiesenen USt beruhte. Der Kläger war nämlich zum Vorsteuerabzug im Rahmen der USt-Voranmeldung für Dezember 1983 bzw. im Rahmen der USt-Jahreserklärung 1983 befugt. Erst mit Erhalt der Rechnung im November 1983 lagen die Voraussetzungen für einen Vorsteuerabzug gemäß § 15 Abs. 1 Nr. 1 Umsatzsteuergesetz 1980 (UStG) vor. Daß die KG bereits vor Eröffnung des Konkursverfahrens über ihr Vermögen die mit der Rechnung vom 26.11.1983 abgerechneten Leistungen bezogen hatte, steht dem Vorsteuerabzug nach Eröffnung des Konkursverfahrens durch den Kläger als KV über das Vermögen der KG nicht entgegen. Denn trotz Konkurseröffnung blieb weiterhin die KG der umsatzsteuerlich Unternehmer, so daß der KV nach § 15 Abs. 1 UStG zum

Vorsteuerabzug zu Gunsten der Konkursmasse befugt war (*vgl. Frotscher in Schwarz, a.a.O., § 251 Tz. 7, „Umsatzsteuer“, und Onusseit, a.a.O., S. 237 m.w.N.*).

Dagegen hat der Kläger als KV die ihm nach § 34 Abs. 3 AO obliegenden steuerlichen Pflichten dadurch verletzt, daß er in den USt-Voranmeldungen für September 1983 nach Zahlungen an **die W. einen Vorsteuerabzug** in Höhe von **46.515,72 DM** angesetzt hat, obwohl von der Firma W. insoweit gar keine Rechnung mit gesondertem Steuernachweis erteilt worden war, § 15 Abs. 1 Nr. 1 UStG. Der Kläger hat diese gegen eine Grundregel des USt-Rechts verstoßende Pflichtverletzung mindestens grob fahrlässig begangen, da ihm als Rechtsanwalt, der lt. eigenem Vortrag in der mündlichen Verhandlung schon rund 600 Konkursverfahren abgewickelt hat, bekannt war bzw. aufgrund einfacher Gesetzeslektüre hätte bekannt sein müssen, daß er ohne zuvorigen Erhalt eines von W. ausgestellten und offen USt ausweisenden Abrechnungspapiers keine Vorsteuer abziehen durfte. Auch der Kläger selbst hat keinen entschuldigen Rechtsirrtum, verursacht etwa durch Einholung fehlerhafter Rechtsauskunft bei einem Angehörigen steuerberatender Berufe, für die von ihm herbeigeführte ungerechtfertigte Bereicherung der Konkursmasse geltend gemacht. Für den so dem Steuerfiskus entstandenen Schaden haftet der Kläger in voller Höhe. Der haftungsbegründende Grundsatz der anteiligen Tilgung (*vgl. BFH in BStBl II, 1991, 678, und 1993, 8*) greift in diesem Fall nicht ein, da der Steuerausfall bei pflichtgemäßem Verhalten des Klägers überhaupt nicht erst eingetreten wäre und es daher auf eine spätere gleichmäßige Befriedigung des FA und der privaten Gläubiger bzw. auf die rechtliche Einordnung eines dem FA zustehenden Nach- oder Rückforderungsanspruch aus dem unrechtmäßigen Vorsteuerabzug in das System der Masseverbindlichkeiten (Massekosten oder Masseschulden, *vgl. oben*) nicht ankommt.

Das FA hat von dem ihm für die Inanspruchnahme eines Haftungsschuldners nach § 191 Abs. 1 AO eingeräumtes Ermessen in zutreffender Weise Gebrauch gemacht. Der Haftungsbescheid und die EE enthalten eine ausreichende Begründung. Das FA hat darauf hin-

gewiesen, daß der Kläger als KV über das Vermögen der KG in Anspruch genommen werde, da die KG infolge Masseerschöpfung zahlungsunfähig sei und mit einer Befriedigung der nach Eröffnung des KV durch die Handlungen des Klägers ausgelösten USt nach der Einstellung des Konkursverfahrens nicht mehr zu rechnen sei (vgl. *BFH in BStBl II 1989, 491 unter II 5 a*).

Die Kostenentscheidung beruht auf § 136 Abs. 1 Satz 3 FGO, die Streitwertfestsetzung auf § 13 Abs. 1 Gerichtskostengesetz und die Entscheidung über die vorläufige Vollstreckbarkeit auf § 151 Abs. 3 FGO i.V.m. §§ 708 Nr. 10 und 711 Zivilprozeßordnung.

GI Leitsätze

Nachforderungszinsen, § 233 a AO / Verstoß gegen Treu und Glauben

Der Grundsatz von Treu und Glauben steht der Festsetzung von Nachforderungszinsen gemäß § 233 a Abs. 1 AO 1977 dann nicht entgegen, wenn das Entstehen des Zinsanspruchs neben Versäumnissen des FA maßgebend auch auf einer Verletzung der Steuererklärungspflicht des Stpfl. beruht.

(BGH, Urt. v. 26. 3. 1996 – IX R 62/93 – BFH/NV 1996, 797)

Werbeverbot / Bürogemeinschaft RA mit StB

Die Kundmachung einer Bürogemeinschaft eines Rechtsanwalts mit einer Steuerberaterin auf dem Geschäftspapier des Rechtsanwalts ist irreführend und verstößt gegen das Werbeverbot. Es besteht hierdurch die Gefahr, beim Rat-suchenden werde der Eindruck erweckt, daß es sich um eine Sozietät handele.

(LG Düsseldorf, Beschl. v. 17. 8. 1995 – 45 StL 8/95, rkr. – DStR 1996, 847)

Fortbildungstagung in der Schweiz / Betriebsausgabenabzug

Zu den abzugsfähigen Betriebsausgaben können auch Aufwendungen eines Rechtsanwalts für eine Fortbildungsveranstaltung gehören, die an einem beliebten Urlaubsort stattfindet, sofern eine vergleichbare Veranstaltung anderenorts nicht angeboten wird.

(FG Berlin, Urt. v. 23.6.1995 – III 283/92, Revision eingelegt – Az. beim BFH: IV R 36/96)

Gewerbliche Tätigkeit des Steuerberaters / Aufsichtsrat / Stellvertretung eines Gesellschafters

Die Mitgliedschaft eines Steuerberaters im Aufsichtsrat eines gewerblichen Unternehmens bei gleichzeitiger Generalvertretung seiner Ehefrau als Gesellschafterin und einer Tätigkeit als Steuerberater dieser Gesellschaft kann eine beherrschende Stellung im Unternehmen begründen, die einer gewerblichen Tätigkeit gleichzusetzen ist. Auch besteht die naheliegende Gefahr einer Interessenkollision.

(AG Potsdam, Urt. v. 15. 2. 1996 – 22 C 487/95, rkr. – DStR 1996, 1063)

Zugangsvermutung für Steuerbescheid, § 122 AO

Die Zugangsvermutung des § 122 Abs. 2 Nr. 1 der Abgabenordnung (AO 1977) gilt auch dann, wenn der dritte Tag nach der Aufgabe zur Post ein Feiertag ist. Dies gilt selbst dann, wenn der Drei-Tage-Zeitraum aus Samstag, Sonntag und Feiertag besteht (Anschluß an BFH-Urteil in BFHE 146, 27, BStBl II 1986, 462).

Von Zweifeln am Zugang der Einspruchsentscheidung (EE) innerhalb des Drei-Tage-Zeit-raums kann im Prozeßkostenhilfeverfahren nur ausgegangen werden, wenn der Antragsteller den Zugang der EE nach Ablauf dieses Zeit-raums ausdrücklich behauptet.

(BFH Beschl. v. 22. 4. 1996 – XI B 2/96 – BFH/NV 1996, 727)

Werbeverbot / Messeteilnahme / Informationsbroschüren

Die Teilnahme einer Steuerberatungsgesellschaft als Ausstellerin auf einer Fachmesse für Heilberufe verstößt ebenso wie die dort vorgenommene Verteilung bzw. Bereithaltung von Druckerzeugnissen mit einer Selbstdarstellung ihres Leistungsangebotes gegen das Verbot der berufswidrigen Werbung gem. § 57 Abs. 1 StBerG. (Leits. n. aml.)

(OLG Celle, Urt. v. 5. 6. 1996 – 13 U 263/95, n. rkr. – DStR 1996, 1223)

Prozeßführungsbefugnis des Steuerberaters / Praxistreuhanders / Honoraransprüche

Der Praxistreuhand ist nicht befugt, die den Erben zustehenden Honorarforderungen aus Steuerberatung im eigenen Namen klageweise geltend zu machen.

(LG Darmstadt, Urt. v. 16. 3. 1996 – 2 O 520/95 – DStR 1996, 1584)

GI Hinweise

1. Eine umfassende wissenschaftliche Untersuchung zur Bewertung von Wirtschaftsprüfer- und Steuerberaterpraxen wird vom IDW-Verlag vorgelegt. Es soll den Berufsangehörigen bei der Bewältigung dieses komplexen Problems durch Empfehlungen und konkrete Lösungsansätze unterstützen. Ein Schwerpunkt wird durch die Ermittlung eines Entscheidungswerts in Kauf- und Verkaufssituationen gebildet. Daneben wird die Ermittlung gesetzlicher oder vertraglicher Abfindungsansprüche erörtert.

Die Untersuchung wendet sich an die Angehörigen der wirtschaftsprüfenden und steuerberatenden Berufe, ist aber auch hilfreich anderen Freiberuflern, die mit dem Problem der Praxisbewertung konfrontiert werden.

Joachim Englert, Die Bewertung von WP- und StB-Praxen, 1996, 333 Seiten, DM 78,-, IDW-Verlag, ISBN 3-8021-0719-5

2. Das Institut für betriebliche Altersversorgung – GIBA – legt als Ergebnis der Jahrestagung 1996 den Jahresband 1996 „Zur Zukunft der betrieblichen Altersversorgung“ vor. Folgende Themen werden behandelt:

- Betriebliche Altersversorgung am Scheideweg
- Überlegungen zur Zukunft betrieblicher Versorgungsleistungen
- neue haftungsrechtliche Aspekte in der betrieblichen Altersversorgung
- Beratungsempfehlungen zur Angemessenheit der Bezüge und geschäftsführender Gesellschafter nach der neuen BFH-Rechtsprechung
- Deferred Compensation – Altersversorgung gegen Bezügeverzicht –
- Betriebliche Altersversorgung – aktueller denn je –

Die Themen sind für Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Rechtsanwälte und Unternehmer aktuell, die sich mit betrieblicher Altersversorgung befassen. Die Schrift kann für 15,- DM vom Gerling Institut Giba unter der Fax-Nr. 02 21/144-34 61 bestellt werden.

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

(Heft 1 – 2, 1997)

Abschlußprüfung	
– und Steuerberatung, § 319 HGB	97, 2
Adelstitel	
– Vermittlung d. –	97, 11
Auskunftsvertrag	
– stillschweigender Abschluß	
= Bilanz	97, 39
= Verhandlungen	97, 39
Beweislast	
– Kündigungsgrund	97, 6

Bußgeld		Kündigung des Mandats	
– Schaden	97, 32	– fristlose –, § 627 BGB	97, 6
Dritthaftung		Mandantengelder	
– stillschweigender Auskunftsvertrag	97, 39	– Herausgabeanspruch	97, 11
= Bilanz	97, 39	– nichtiger Mandatsvertrag	97, 11
– Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter		Mandantenpflichten	
= Bilanzerstellung	97, 39	– Informationen an RA	97, 16
= Testatshaftung	97, 39	Mandatsübernahme	
Finanzamt		– Klagefrist	97, 3
– Versäumnisse d. –	97, 50	– Nachfrage beim Vorberater?	97, 3
Fortbildungsveranstaltung		Mitverschulden	
– Werbungskosten	97, 50	– Informationen an RA	97, 16
Fristenkontrolle		– Informationen an StB	97, 32
– Fristversäumnis, unverschuldetes		Nachbesserung	
= Krankheit, Ehefrau	97, 2	– Mängel in d. Hausabrechnung	97, 45
Gaststätten-Pachtvertrag	97, 16	Nachforderungszinsen, § 233 a AO	
GI Aktuell		– Verstoß gegen Treu und Glauben	97, 50
– häusliches Arbeitszimmer	97, 2	Praxistreuheränder	
GmbH		– Honorarforderung	97, 51
– Geschäftsführer		Rechtsanwalt	
= Steuerhaftung	97, 2	– Sachverhaltsermittlung	97, 16
Hausverwaltung		Sachverhaltsermittlung	
– Honorar	97, 45	– durch RA	97, 16
– Nachbesserungsrecht	97, 45	Schaden	
Honoraranspruch d. RA		– Bußgeld	97, 32
– Abtretung d. –	97, 6	Sittenwidrige Schädigung, § 826 BGB	
Honoraranspruch d. StB		– Erwerb eines Adelstitels	97, 11
– Abschlagszahlung		Steuerberater	
= Verjährungsunterbrechung	97, 29	– Aufsichtsrat	97, 50
– Anerkenntnis d. Mandanten	97, 45	– Gewerbliche Tätigkeit	97, 50
– Fälligkeit, § 7 StBGebV		– Vertretung des Gesellschafters	97, 50
= ohne Rechnung?	97, 29	– Gewerbebetrieb des Steuerberaters	97, 50
– Hausverwaltung	97, 45	Steuerhaftung	
– Hinweis auf Formvorschriften	97, 23	– GmbH-Geschäftsführer	
– Honorarvereinbarung, unwirksame	97, 23	= Strohmänn	97, 2
– Pauschalgebühr, § 14 StBGebV	97, 23	Testat	
= nichtige –, Vergütungsanspruch	97, 23	– Verantwortungsbereich	97, 39
– Praxistreuheränder	97, 51	Treuheränder	
– Verjährung des –		– nichtiger Mandatsvertrag	97, 11
= Abschlagszahlung, Verjährungsunterbrechung	97, 29	Verjährung § 12 VVG	
= Verzicht auf –	97, 45	– Beginn	97, 25
– Verjährungsbeginn		– Haftpflichtversicherung	97, 25
= mit Fälligkeit	97, 29	– Rechtsschutz und Zahlungsanspruch	97, 25
– Verjährungsunterbrechung		Verjährung	
= Abschlagszahlung	97, 29	(§ 51 b BRAO n. F., § 51 BRAO a. F.)	
Information an Vorberater		– Arglisteinwand	97, 16
– Klagefrist	97, 3	– Verjährungsbeginn	
Konkursverwalter		= Schadenentstehung	97, 16
– Neugeschäft		= Schadenentstehung und Mandatsende	97, 16
= Masseschuld, § 60 Abs. 1 Nr. 1 KO?	97, 46	= Vertragsberatung	97, 16
= Umsatzsteuer, § 58 Nr. 2 KO	97, 46	– Verjährungshemmung	97, 16
– Steuerhaftung	97, 46		

Verschwiegenheit		BFH v. 7.12.1995 – III R 12/91	97, 3
– Honorarabtretung	97, 6	= BFH/NV 1996, 680	
Versicherungsschutz		BFH v. 13.2.1996 – VII B 245/95	97, 2
– wissentliche Pflichtverletzung		= BFH/NV 1996, 657	
= Notaranderkonto,		BFH v. 21.3.1996 – X R 100/95	97, 2
ungeprüfte Auszahlung	97, 36	= BFH/NV 1996, 694	
= Risikoausschluß	97, 36		
– Sozietäts-Deckung		BFH v. 22.4.1996 – XI B 2/96	97, 50
= Risikoausschluß eines Sozios	97, 36	= BFH/NV 1996, 727	
Vorberater			
– Mandatsübernahme	97, 3	FG Berlin v. 23.6.1995 – III 283/92	97, 50
		Revision eingelegt – AZ beim BFH: IV R 36/96	
Werbeverbot			
– Bürogemeinschaft RA, StB	97, 50	FG Münster v. 29.11.1994 – 15 K 3383/89 U	97, 46
– Internationale Sozietät	97, 2		
– Messestand	97, 51		
– Praxisbroschüre	97, 51	AG Potsdam v. 15.2.1996 – 22 C 487/95,	97, 50
		rkr. – DStR 1996, 1063	
Wiedereinsetzung			
– Fristenkontrolle, s. dort			
= Fristversäumnis, unverschuldete –			
Erkrankung der Ehefrau	97, 2		
Zugang			
– Zugangsvermutung, § 122 AO	97, 51		
= Berechnung der Drei-Tages-Frist			
= Zweifel am Zugang			
BGH v. 26.3.1996 – IX R 62/93	97, 50		
= BFH/NV 1996, 797			
BGH v. 25.4.1996 – 1 ZR 106/94	97, 2		
= AnwBl. 1996, 471			
BGH v. 20.6.1996 – IX ZR 106/95	97, 16		
BGH v. 10.10.1996 – III ZR 205/95	97, 11		
BGH v. 17.10.1996 – IX ZR 37/96	97, 6		
BGH v. 14.11.1996 – IX ZR 215/95	97, 32		
BGH v. 21.11.1996 – IX ZR 159/95	97, 29		
OLG Celle v. 5.6.1996 – 13 U 263/95,	97, 51		
n.rkr. – DStR 1996, 1223			
OLG Düsseldorf v. 12.1.1995 – 13 U 90/93	97, 45		
OLG Düsseldorf v. 8.2.1995 – 15 U 215/93	97, 39		
OLG Düsseldorf v. 8.2.1996 – 13 U 38/95	97, 23		
OLG Hamm v. 30.5.1995 – 28 U 26/95	97, 25		
OLG Hamm v. 22.9.1995 – 20 U 38/95	97, 36		
= AnwBl 1996, 237			
LG Berlin v. 16.7.1996 – 36 O 789/95 – n.rkr.	97, 2		
LG Darmstadt v. 16.3.1996 – 2 O 520/95	97, 51		
– DStR 1996, 1584			
LG Düsseldorf v. 17.8.1995			
– 45 StL 8/95, rkr.	97, 50		
= DStR 1996, 847			

Vorschau auf 3/97

Mittelverwendung / Dritthaftung / Verjährung / Sicherheiten (OLG Köln); StB-Haftung / Darlegungslast für steuersparende Alternativgestaltung (OLG Düsseldorf); Anwaltshaftung / Schulung unter Eheleuten / Anfechtung / Widerruf wegen groben Undanks (BGH); Schaden / Kosten für überflüssiges Privatgutachten / Unterbrechung des Kausalzusammenhangs / Schutzbereich der Verletzten Anwaltpflicht (BGH); Wiedereinsetzung / 3. Fristverlängerungsantrag / Berufungsbegründung (BGH); Notarhaftung / Vermutung beratungsgerechten Verhaltens (BGH)



GI-Spezial Steuerberaterhonorar 1980 – 1996 auf CD-ROM

Die Rechtsprechung zum Steuerberaterhonorar ist seit 15 Jahren ein Schwerpunktthema in der Fachzeitschrift GI. Eine Vielzahl auch nicht veröffentlichter Urteile zu den Alltagsfragen des Gebührenrechts sind in diesem Spezial zusammengefaßt.

Weitere Informationen und ein Bestellformular finden Sie in der GI-Beilage dieser Ausgabe oder können über die GI-Service-Fax-Hotline (02 21) 144-51 55 angefordert werden.

GI-Gesamtverzeichnis 1980 – 1996

Dieser Ausgabe liegt ein 16 Jahrgänge umfassendes Stichwort- und Entscheidungsregister bei.

I M P R E S S U M

**GI – Gerling Informationen für wirtschaftsprüfende,
rechts- und steuerberatende Berufe**

ISSN 1430 – 550 X

Herausgeber:

Gerling-Konzern Versicherungs-Beteiligungs-AG
Abteilung Presse und Information
50597 Köln
Telefon: (02 21) 144-72 98
Telefax: (02 21) 144-51 27

Verantwortlich für den Inhalt:

Dr. Jürgen Gräfe, Rechtsanwalt –
Fachanwalt für Steuerrecht

Erscheinungsweise:

12 mal im Jahr, jeweils am 10. des Monats

Layout und Satz:

Type Connection, Köln

Druck:

Pilgram Druck GmbH, Rösrath

Bezugsmöglichkeiten:

Nur im Jahresabonnement.
Preis: DM 96,- jährlich inklusive Mehrwertsteuer
und Versandkosten.
Die Postgebühren sind jeweils eingeschlossen.
Bestellungen nimmt der Herausgeber entgegen.

Nachdruck:

Nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung.